

2.2

Prinzipien

Vielfältige Begegnungen mit Geschichte ermöglichen

Die Schülerinnen und Schüler sind in vielen Lebenszusammenhängen und in vielfältiger Weise mit Geschichte konfrontiert. Sie sollen lernen, sich damit zurechtzufinden. Deshalb muss diese Vielfalt auch im schulischen Geschichtsunterricht eine Entsprechung haben. Aus diesem Grund ist es geboten, Geschichtsunterricht entlang verschiedenartiger Themen, Fragen, Materialien und Lernumgebungen zu gestalten. Eine wichtige Rolle spielen dabei:

- Sachtexte
- Zeugnisse aus der Vergangenheit (Sachzeugnisse, Texte, Bilder, Tondokumente, Filme)
- Beispiele aus der populären Geschichtskultur (Spielfilme, Jugendliteratur, Comics)
- Möglichkeiten ausserschulischen Lernens (Spurensuche am eigenen Wohnort, in Museen und Archiven)
- Begegnungen mit Zeitzeugen sowie Expertinnen und Experten von Museen und Archiven

Gewiss soll Vielfalt im Unterricht *auch* dazu beitragen, Lernprozesse abwechslungsreich und lernwirksam zu gestalten. Auf der Ebene der Bildungsziele aber geht es vor allem darum, dass die Schülerinnen und Schüler auf verschiedene Spielarten und Dimensionen von Geschichte aufmerksam werden und damit einen produktiven Umgang finden.

Emotionen und Imaginationen ernst nehmen – Wertvorstellungen thematisieren

Im schulischen Geschichtsunterricht steht die rationale Auseinandersetzung mit Geschichte im Vordergrund. Eine Beschäftigung mit Geschichte ist indes kaum je reine Denkarbeit, sondern hat auch mit Emotionen und Imaginationen zu tun: Historische Bauten werden bestaunt, Kunstwerke bewundert, Helden verehrt, Bösewichte verabscheut, Opfer bedauert, Taten verurteilt. Man ist stolz auf seine Vorfahren oder schämt sich ihrer. Man hat Sehnsucht nach vergangenen Zeiten oder erschauert davor. Oder man ist empört, wenn ein liebgewonnenes Geschichtsbild angekratzt wird. Solches darf über der Aufzählung des Wissens und Könnens, das im Geschichtsunterricht anzusteuern ist, nicht ausser Acht gelassen werden. Es wäre deshalb falsch, den schulischen Geschichtsunterricht auf das Kognitive verengen zu wollen. Umgekehrt darf der Geschichtsunterricht aber auch nicht in Betroffenheit und Hilflosigkeit, in romantischer Verklärung oder Empörung steckenbleiben. Emotionen und Imaginationen bieten Anlass zum gegenseitigen Austausch und zur Suche nach Erklärungen. Warum haben frühere Menschen in einer Weise gedacht und gehandelt, die wir heute als faszinierend, romantisch oder verabscheuungswürdig empfinden? Und umgekehrt: Weshalb sehen wir heute darin Vorbildliches oder Abstossendes? Es bedarf also erstens historischer Erklärungen für das Denken und Handeln früherer Menschen. Zweitens bieten historische Betrachtungen auch Gelegenheit zur Klärung *heutiger* Wertvorstellungen.

Arbeitsweisen und Erkenntnisprozesse üben

Die Schülerinnen und Schüler sollen sich im Geschichtsunterricht ein Wissen über historische Erkenntnisprozesse aneignen und schrittweise lernen, sich selbstständig mit Geschichte zu beschäftigen. Die Auseinandersetzung mit Geschichte soll Suchprozesse in Gang setzen und das Bedürfnis wecken, sich mit anderen darüber auszutauschen.

Gegenwartsbezüge explizit herstellen

Jede Beschäftigung mit der Geschichte geht von einer Gegenwart aus, hat also immer einen Gegenwartsbezug. Dieser mag implizit sein, aber er besteht. Im Geschichtsunterricht reicht dies indes nicht aus: Gegenwartsbezüge müssen explizit hergestellt werden, sei es von der Lehrperson, sei es von den Schülerinnen und Schülern. Denn wenn Geschichte zur Orientierung in der Lebenswelt beitragen soll, so muss immer und immer wieder an konkreten Beispielen deutlich werden, inwiefern dies der Fall ist.

Über historische Sinnbildungen nachdenken – Geschichte erzählen

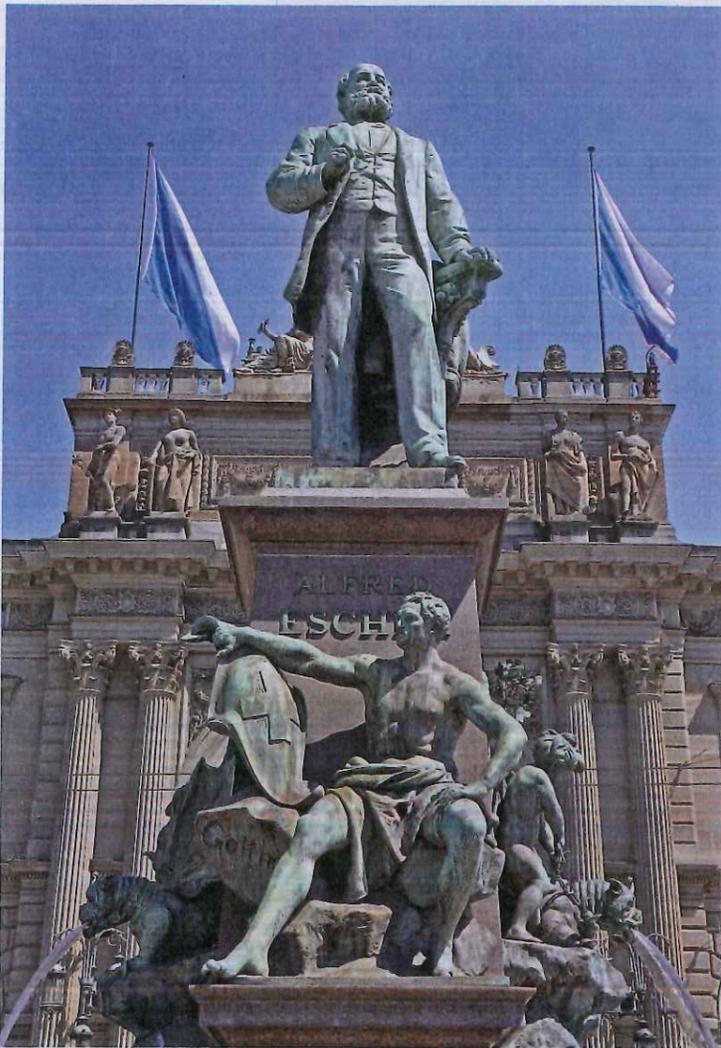
Einzelne in der Vergangenheit liegende Tatbestände – «Fakten» – sind für sich alleine genommen in den seltensten Fällen besonders interessant oder gar lehrreich. Sie wecken allenfalls die Neugier, sagen uns darüber hinaus aber wenig oder nichts. Erst ihre Verknüpfung zu Erzählungen wirkt sinnbildend. Oder anders formuliert: Historische Sinnbildungen liegen nicht in den vergangenen Ereignissen selbst, sondern in ihrer retrospektiven Verknüpfung zu einem Deutungszusammenhang. Darauf sollen die Schülerinnen und Schüler aufmerksam werden. Aufmerksam werden sie, wenn sie aufgefordert sind, verschiedene Deutungen miteinander zu vergleichen und allfällige Unterschiede zu ergründen. Sie sollen aber auch lernen, selbst Erzählungen zu bilden. Deutungen dürfen zwar unterschiedlich, aber nicht beliebig sein. Es gilt das «Vetorecht der Quellen». Wo die quellenkritische Auswertung historischer Zeugnisse einer Deutung offensichtlich widerspricht, kann die Deutung nicht als plausibel gelten.

Verschiedene Perspektiven einbeziehen

Weil Geschichte stets Deutung ist, kann und muss der Umgang mit unterschiedlichen Perspektiven geübt werden. Die Schülerinnen und Schüler sollen lernen, verschiedene Standpunkte und Betrachtungsweisen von Menschen zu ein und demselben Gegenstand zu erkennen, zu charakterisieren und zu erklären. Dabei sind zwei zeitliche Ebenen im Spiel: die Vergangenheit und die Gegenwart. Auf der Ebene der Vergangenheit manifestieren sich unterschiedliche Perspektiven früherer Menschen in historischen Quellen. Es interessiert zum Beispiel: Welche zeitgenössischen Wahrnehmungen und Meinungen gab es im 19. Jahrhundert über die Kinderarbeit in Fabriken? Wer sah darin ein Problem, wer nicht? Wer vertrat welche Lösungen? Daraus resultiert ein multiperspektivisches Bild der Vergangenheit. Auf der Ebene der Gegenwart hingegen geht es um unterschiedliche Deutungen des geschichtlichen Geschehens aus späterer Sicht. Gemeint sind damit erstens kontroverse Deutungen von Historikerinnen und Historikern. Gemeint sind zweitens aber auch die unterschiedlichen Wahrnehmungen und Einschätzungen der Schülerinnen und Schüler, zu denen sie im Zuge ihrer Beschäftigung mit Geschichte gelangen: Wie sehe ich das? Wie sehen es die anderen?

Industrie und Gesellschaft im Wandel

Im 19. Jahrhundert veränderte die Industrialisierung Wirtschaft und Gesellschaft. Internationale Unternehmen entstanden. Eisenbahnen verbanden die Industriezentren in ganz Europa. Elektrizitätswerke lieferten grosse Mengen Strom. Die Wirtschaft brauchte immer mehr gut ausgebildete Fachkräfte. Alfred Escher, Charles Brown und Marie Heim-Vögtlin haben diese Zeit in der Schweiz miterlebt und geprägt.



Denkmal für Alfred Escher vor dem Hauptbahnhof in Zürich.

Alfred Escher: Unternehmer und Politiker

Wegen seines grossen Einflusses in der Schweiz nannte man ihn «Bundesbaron»: Alfred Escher (1819–1882) aus Zürich war einer der bestimmenden **Politiker und Wirtschaftsführer** der Schweiz. Er setzte sich für die Gründung einer Hochschule für technische Berufe ein. Daraus entstand die heutige Eidgenössische Technische Hochschule (ETH) in Zürich. Vor allem aber förderte Alfred Escher den Eisenbahnbau. Zur Finanzierung der teuren Bahnlinien gründete er zusammen mit anderen Unternehmern die erste Grossbank, die Schweizerische Kreditanstalt (heute: Credit Suisse).

Grossbanken, aber auch grosse Industriebetriebe hatten früher häufig einem einzigen Unternehmer gehört. Neu gehörten sie mehreren Leuten, sogenannten **Aktionären**. Die Unternehmen beschränkten sich nicht mehr auf einen Standort, sondern gründeten Tochtergesellschaften im In- und Ausland.

Alfred Escher gehörte auch zu den Gründern der Schweizerischen Lebensversicherungs- und Rentenanstalt (heute: Swiss Life). Die Rentenanstalt bot Arbeitnehmenden die Möglichkeit, eine **Rentenversicherung** abzuschliessen, um für das Alter vorzusorgen.

TB 1



Marie Heim-Vögtlin als Studentin,
1860er-Jahre.

Charles Eugene Lancelot Brown: Erfinder und Konzerngründer

Charles Eugene Lancelot Brown (1863–1924) teilte die Leidenschaft für Technik und Unternehmertum mit seinem Vater. Sein englischer Vater war 1851 von London nach Winterthur gekommen. Er hatte zuerst als Ingenieur in der Maschinenfabrik Sulzer gearbeitet und später die Schweizerische Lokomotiv- und Maschinenfabrik gegründet.

Sein Sohn Charles Brown war fasziniert von der elektrischen Energie. Zusammen mit deutschen Partnern vollbrachte er 1891 eine sensationelle Leistung: Dank der Wechselstromtechnik konnte elektrischer Strom erstmals ohne Energieverlust über eine Strecke von 175 Kilometern transportiert werden.

Brown gründete noch im selben Jahr zusammen mit Walter Boveri eine neue Firma, die Brown Boveri & Cie. (BBC, heute: ABB). Die BBC hatte ihren Sitz in Baden. Sie entwickelte und produzierte alles, was man für die Nutzung elektrischer Energie benötigte: Motoren, Generatoren und Turbinen. Die Firma wuchs rasch. Es entstanden weltweit Tochterfirmen. Die BBC war einer der ersten Schweizer Weltkonzerne.

Marie Heim-Vögtlin: Ärztin und Frauenrechtlerin

Dank Menschen wie Charles Brown war die Industrie Ende des 19. Jahrhunderts international geworden. Neben ungelerten Fabrikarbeiterinnen und Fabrikarbeitern brauchte sie nun auch gut ausgebildete Ingenieure, Bankangestellte und Fachkräfte. Eine gute Ausbildung oder gar ein Studium wurden für immer mehr Menschen wichtig. Nur bei Frauen hatten viele die Haltung, dass eine gute Ausbildung unnötig sei.

Das erlebte auch Marie Heim-Vögtlin (1845–1916). Sie fand sich aber nicht damit ab, keine Ausbildung machen zu dürfen. Gegen alle Widerstände studierte sie als erste Schweizerin an der Universität Zürich und wurde Ärztin.

Marie Heim-Vögtlin blieb auch nach ihrer Heirat berufstätig. Zwei Kinder erzog sie neben ihrer Arbeit. Sie kämpfte für die Gleichberechtigung der Frauen – und zwar im Berufsleben wie in der Politik. Ihr Ehemann, der Geologieprofessor Albert Heim, war damit nur teilweise einverstanden. Er war zwar dafür, dass Frauen studieren und einen Beruf ausüben konnten. Politisch betätigen sollten sie sich aber nicht.

Dass Frauen nicht in die Politik gehörten, dachten damals die meisten Männer. In der Schweiz blieb diese Ansicht bis weit ins 20. Jahrhundert verbreitet – trotz der grossen Veränderungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik.

Aktionärin/Aktionär

Eine Aktionärin, ein Aktionär stellt einer Firma Geld zur Verfügung und erhält dafür Anteilsscheine, genannt Aktien. Für jede Aktie wird in guten Geschäftsjahren eine Entschädigung, die sogenannte Dividende, bezahlt.

Rentenversicherung

Unter der Rentenversicherung wird ein Vertrag mit einem Versicherungsunternehmen verstanden. Eine Person bezahlt regelmässig eine Summe Geld und erhält bei Erreichen des Ruhestands regelmässig eine Geldzahlung von dem Versicherungsunternehmen, die Rente.

GESCHICHTE DER SOZIALEN SICHERHEIT IN DER SCHWEIZ

Arbeitgeberverbände

Die Arbeitgeberverbände vertreten unterschiedliche, auch gegensätzliche sozialpolitische Interessen. Häufig bekämpfen sie Vorschläge zum Ausbau des Sozialstaates, insbesondere wenn es sich um Massnahmen handelt, die zu neuen Lohnbeiträgen führen. Dennoch unterstützen sie zuweilen eine gewisse Entwicklung der Sozialen Sicherheit. Arbeitgeber ergreifen auch entsprechende Initiativen.

Die wichtigsten Arbeitgeberverbände wurden Ende des 19. Jahrhunderts vor dem Hintergrund einer moderaten Kompetenzerweiterung des Bundesstaates, der wachsenden internationalen Konkurrenz und dem Aufkommen der Arbeiterbewegung gegründet. Der älteste Arbeitgeberverband, der Schweizerische Handels- und Industrieverein (SHIV), genannt Vorort, wurde 1870 gegründet und fusionierte 2000 mit der 1942 gegründeten Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaftsförderung zur Economiesuisse. Der zweite schweizerische Arbeitgeberdachverband entstand 1908 unter dem Namen

Zentralverband schweizerischer Arbeitgeberverbände und wurde 1995 zum Schweizerischen Arbeitgeberverband (SAV). Die Unternehmen sind darin nach Branchen und nach regionalen Verbänden organisiert. Der SHIV und der SAV vertreten vor allem die Interessen der Exportindustrien und der grossen Dienstleistungsunternehmen (Banken, Versicherungen). Der SHIV befasst sich vor allem mit allgemeinen Wirtschaftsfragen (Wirtschafts- und Geldpolitik, Zollpolitik) und überlässt dem SAV sozial- und arbeitsmarktpolitische Fragen. Die kleinen und mittleren Unternehmen, die vor allem für den Binnenmarkt produzieren, werden durch den 1879 gegründeten Schweizerischen Gewerbeverband (SGV) vertreten.

Trotz einer gewissen Konkurrenz und bisweilen unterschiedlicher Interessen, beispielsweise zwischen Export- und Binnenindustrie, arbeiten die Dachorganisationen der schweizerischen Arbeitgeber eng zusammen. Dadurch wird ein gewisser Zusammenhalt der Arbeitgeber gegenüber den Arbeitnehmerorganisationen und dem Staat angestrebt, was ihnen erlaubt, in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen als gewichtige Akteurin



Wohlfahrtshaus der Von Roll'schen Eisenwerke, Klus, 1920/30er-Jahre, Quellennachweis: Gerold Ermatinger, Kapital und Ethos: Die sozialen und kulturellen Taten des schweizerischen Privatkapitals im 19. und 20. Jahrhundert, Zürich/Leipzig 1936.

aufzutreten. Seit Anfang des 20. Jahrhunderts, und noch systematischer nach dem Zweiten Weltkrieg, beteiligen sich die Arbeitgebervertreter im Rahmen von ausserparlamentarischen Expertenkommissionen direkt an der Ausarbeitung von Bundesgesetzen.

Die Arbeitgeberorganisationen zeigten sich gegenüber ersten sozialstaatlichen Tendenzen allgemein zurückhaltend, wenn nicht gar ablehnend. Sie verteidigten zum einen den Wirtschaftsliberalismus, der staatliche Eingriffe so weit als möglich begrenzen wollte. Zum anderen sollten auch die Sozialabgaben nicht erhöht werden, insbesondere die Lohnbeiträge zulasten der Arbeitgeber. Schliesslich sollte auch verhindert werden, dass der Staat mit Bereichen der Privatwirtschaft konkurrierte, die in der beruflichen Vorsorge und im Gesundheitsbereich tätig waren. Die Arbeitgeberdachverbände zeigten somit lange Zeit Zurückhaltung gegenüber einer staatlichen Altersversicherung und trugen dazu bei, dass die Annahme einer obligatorischen Krankenversicherung bis in die 1990er-Jahre und eine Mutterschaftsversicherung bis 2004 hinausgeschoben wurde.

An der Entwicklung einzelner Sozialversicherungen hatten die Arbeitgeber jedoch durchaus ein Interesse. Die Arbeitgeberverbände unterstützten beispielsweise das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung von 1924. Denn die Bestimmungen über den Zugang zu den Leistungen ermöglichten, die Arbeitsdisziplin zu verbessern und den Arbeitsmarkt zu regulieren, so dass die Arbeitgeber ihre Arbeitskräfte bei sinkender Produktion nicht entlassen mussten. Einzelne Arbeitgeber, insbesondere in der Textil- und Bekleidungsindustrie gründeten eigene Arbeitslosenkassen, um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an sich zu binden und die Entwicklung von Gewerkschaftskassen zu verhindern.

In den 1930er-Jahren gründeten die Arbeitgeberverbände auch Familienausgleichskassen, insbesondere in der Bau- und Metallindustrie. Die Arbeitgeber bezweckten damit eine Stärkung ihres kollektiven Handelns und eine flexiblere Lohnpolitik: Tatsächlich waren die Familienzulagen ein Mittel, um gezielte Lohnerhöhungen zu gewähren (vor allem für Väter), die vergleichsweise einfach auch wieder aufgehoben werden konnten. Diese Kassen spielten bei der Einführung der Erwerbsersatzordnung (EO) während des Zweiten Weltkriegs (1939/1940) eine wichtige Rolle und dienten als Modell für die Einführung der Alters- und Hinterlassenenversicherung 1947. Ein Teil der Arbeitgeberdachverbände hätte es jedoch vorgezogen, dass die Strukturen und Finanzmittel der EO der Arbeitslosenversicherung zur Verfügung gestellt worden wären, wodurch sie einen Zweig der sozialen Sicherheit hätten kontrollieren können, der weitgehend in den Händen der Gewerkschaften war.

Arbeitgeberinteressen und -initiativen im Bereich der Sozialen Sicherheit wurden auch verbandsintern häufig kontrovers diskutiert. So verlangten beispielsweise innerhalb des SAV das Baugewerbe eine Verbesserung der Arbeitslosenentschädigung bei Schlechtwetter, während die Mehrheit der übrigen Branchen bis in die 1980er-Jahre strikte dagegen waren. Ebenso waren Arbeitgeber, die – wie die Textilindustrie – in ihren Unternehmen mehrheitlich Frauen beschäftigten, im Gegensatz zum Dachverband für die Besserstellung der Teilzeitbeschäftigten durch die Arbeitslosenversicherung. Geteilt waren die Meinungen auch über Nutzen und Relevanz von Arbeitgeber-Ausgleichskassen.

Seit der Krise Mitte der 1970er-Jahre, aber vor allem seit den 1990er-Jahren, plädieren die Arbeitgeber für eine Beschränkung der Sozialleistungen. Die Arbeitgeberkreise lancierten seither immer wieder Appelle für die Liberalisierung der Schweizer Wirtschaft und beklagten die hohen Sozialversicherungskosten. Sie unterstützten verschiedene Reformen, die seit den 1990er-Jahren (1990–2000) vor allem auf die Kürzung der Ausgaben im Bereich der Sozialen Sicherheit zielen.

Literatur / Bibliographie / Bibliografia / References: Mach André (2002), Associations d'intérêts, In U. Klöti, P. Knoepfel, H. Kriesi, W. Linder & Y. Papadopoulos (Eds.), Handbuch der Schweizer Politik (pp. 299-336). Zürich ; Mach André (1999), Globalisation, néo-libéralisme et politiques publiques dans la Suisse des années 1990, Zürich; Humair Cédric et al. (2012), Les organisations patronales suisses entre coordination économique et influence politique, Vingtième Siècle. Revue d'histoire, 115, 115-127. HLS / DHS /HSS: Schweizerischer Arbeitgeberverband (SAV); Schweizerischer Handels- und Industrieverein (SHIV); Schweizerischer Gewerbeverband (SGV); Unternehmerverbände, Arbeiterwohlfahrt.

(12/2014)

© 2013 Bundesamt für Sozialversicherungen BSV

eésp école d'études sociales et pédagogiques - Lausanne
haute école de travail social et de la santé - Vaud



**Universität
Zürich** UZH



**Universität
Basel**

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Sozialversicherungen BSV

Im Glarner Wirtschaftsarchiv

Die fünf Schülerinnen und Schüler haben sich entschieden, ins Glarner Wirtschaftsarchiv zu fahren. Dort lernen sie eine Archivarin kennen. Die Archivarin erklärt ihnen, was man im Glarner Wirtschaftsarchiv finden kann und womit man auch in einem Archiv jede Suche beginnen muss: mit einer Frage.

Diese Weltkarte zeigt die Handelsverbindungen der Firma Blumer im 19. Jahrhundert. Überall, wo ein roter Punkt klebt, verkaufte die Firma Blumer ihre Stoffe.



Archiv gedruckt
Globalisierung
19. Jhd. (Industrialisierung)

Die Sammlung im Glarner Wirtschaftsarchiv

Bereits eine gute halbe Stunde später standen Daniel, Jon, Chiara, Kushtrime und Leonie vor dem Glarner Wirtschaftsarchiv.

«Hallo! Kann ich euch helfen?» Die Stimme gehörte zu einer jungen Frau, die eben aus dem Gebäude kam. Sie arbeitete im Glarner Wirtschaftsarchiv und wollte eine Pause machen. Als sie erfuhr, dass die Gruppe dringende Fragen zur Tuchfabrik Hefti hatte, lud sie die Schülerinnen und Schüler ins Archiv ein. «Mal schauen, was wir haben, um eure Fragen zu beantworten.»

Im ersten Stock gingen sie zu einem grossen Pult. Das Pult stand am Eingang zu einer Ausstellung. Im Glarner Wirtschaftsarchiv wurden offenbar nicht nur Papiere aufbewahrt. Es gab hier auch Bilder, Musterbücher, Stoffe und sogar das Modell einer Fabrik.

«Unser Archiv baut auf den Gegenständen und Dokumenten auf, die Fabrikanten gebraucht und gesammelt haben. Wir können darum sehr gut nachvollziehen, was die Fabrikanten taten.» Kushtrime runzelte die Stirn. Was war mit denen, die in der Fabrik arbeiteten? «Natürlich haben auch die Arbeiterinnen und Arbeiter ihre Spuren in unserem Archiv hinterlassen – wir haben ihre kreativen Musterzeichnungen, ihre präzisen Stechwerkzeuge und ihre hölzernen Druckmodelle für den Handdruck. Das ist einmalig. Auch alte Fabrikordnungen, Gründungspapiere von Arbeitervereinen sowie Fabrikgesetze, die die Arbeitszeit regeln, geben bei uns Einblick in die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft.»

Handelsbeziehungen von Schwanden in die ganze Welt

«Die Welt der Fabrikanten ist interessant», fuhr die Archivarin fort. «Wir haben zum Beispiel mit einer Schulklasse Briefe aus dem 19. Jahrhundert geordnet. So fanden wir heraus, wo die Firma Blumer im 19. Jahrhundert Geschäfte machte.» Die Archivarin zeigte auf die Weltkarte, die an der Wand hing. «Schaut mal: Für jeden Handelsstützpunkt der Firma Blumer haben wir auf dieser Karte einen Punkt aufgeklebt.»

«Für all diese Orte mit rotem Punkt wurden die Stoffe hier in Schwanden bedruckt?» Chiara schaute ungläubig.

«Ja, und das sind ja nur die Stoffe einer einzigen Fabrik! Jetzt stellt euch einmal vor, was an der Linth, an der ihr ja vorhin entlanggefahren seid, früher alles los war: Um 1870 arbeiteten vier von fünf Glarnern in einer der Fabriken.»

«Und das haben Sie alles durch die Briefe herausgefunden?» Kushtrime schaute sie erstaunt an. «Na ja», erklärte die Archivarin lachend, «wir wussten vorher schon einiges über die Geschichte der Industrialisierung. Sonst hätten wir nicht extra nach so einer Quelle gesucht, mit der wir herausfinden können, wo überall die Firma Blumer im 19. Jahrhundert weltweit tätig war.»

Quelle

Eine Quelle enthält Informationen zu Fragen an die Vergangenheit. Quellen werden in verschiedene Gattungen unterteilt, zum Beispiel Texte, Bilder, Filme oder Gegenstände. Mithilfe der Quellenkritik lassen sich Informationen aus Quellen zu Darstellungen über die Vergangenheit verarbeiten.

16 Die Welt der Gegenwart (1989 – heute)

Ende des Kalten Krieges

Nach dem Ende des Kalten Krieges hofften viele auf eine dauerhaft friedliche Welt. Doch dazu kam es nicht. Regionale Konflikte brachen auf, wie zum Beispiel der Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien. Die Welt wurde in den 1990er- und 2000er-Jahren keineswegs friedlicher und sicherer – nicht nur wegen der Anschläge auf das World Trade Center in New York vom 11. September 2001.

20

Die Globalisierung

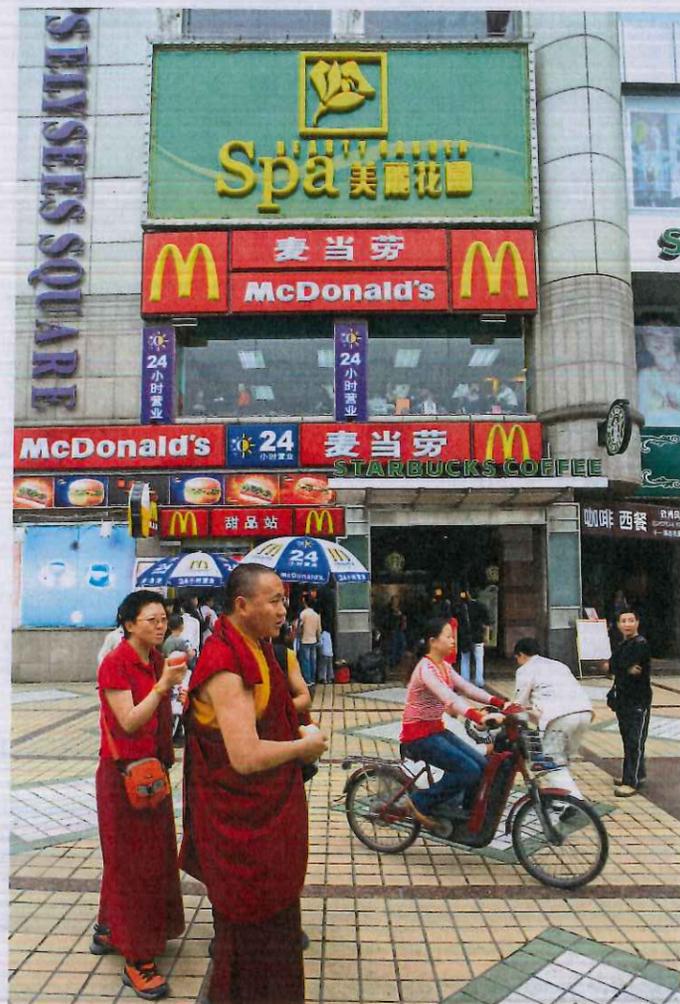
Die Jahre nach 1990 werden häufig als Zeitalter der **Globalisierung** bezeichnet. Die Welt scheint zusammenzuwachsen. **Die Globalisierung bringt viele Vorteile.** Manche denken, dass sie mit der Zeit allen Menschen nützen wird. Andere haben eine kritische Haltung und weisen auf Nachteile vor allem für Menschen in ärmeren Ländern hin.

Contra

Schattenseiten der Globalisierung

Längst nicht alle Menschen profitieren von der Globalisierung: Um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben, sind wirtschaftlich schwächere **Volkswirtschaften** gezwungen, billig zu produzieren. Deshalb haben Arbeiterinnen und Arbeiter in Ländern wie Bangladesch ein sehr hartes Leben.

Russland ist zudem ein Beispiel dafür, dass wirtschaftliche Entwicklung nicht zwingend mit Demokratie einhergehen muss. In Russland konzentriert sich die Macht beim Präsidenten. Wer dies offen kritisiert, hat viele Nachteile oder wird sogar verhaftet. Russland hat sich zwar zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet. Verstöße gegen Menschenrechte gibt es auch in vielen anderen Ländern.



Durch die Globalisierung verbreiten sich weltweit die gleichen Angebote und Waren: ein amerikanisches Fast Food-Restaurant in China, davor buddhistische Mönche in ihrer traditionellen Kleidung, 2006.

Problemanalyse

Multikulturelle Gesellschaften

Im 21. Jahrhundert sind viele Menschen unterwegs. Sie ziehen von Zuhause weg, weil sie sich anderswo ein besseres Leben erhoffen oder weil es in ihrer Heimat zu gefährlich ist. Die europäischen Gesellschaften sind deshalb multikulturell geprägt, das heisst, es leben Menschen aus verschiedenen Kulturen zusammen. Daraus ergibt sich für viele die Frage nach der eigenen **Identität**.

offen

Herausforderungen der Zukunft

Wer sich mit Entwicklungen der Gegenwart beschäftigt, richtet seinen Blick automatisch in die Zukunft. Wie wird sie aussehen?

In der Gegenwart gibt es viele Herausforderungen: politische Konflikte, Bevölkerungswachstum, Klimawandel. Die Geschichte zeigt aber, dass die Menschen auf Herausforderungen immer wieder Antworten gefunden haben. Auf der Suche nach solchen Antworten setzen sich heute viele Menschen weltweit für den Frieden, für Menschenrechte und den Schutz der Umwelt ein – und mit ihnen internationale Organisationen und die Regierungen vieler Staaten. Herausforderungen entstehen immer aus Schwierigkeiten, bieten aber die Möglichkeit, zu lernen und daran zu wachsen. Die Zukunft ist offen.

Kritik an der Globalisierung

Die negativen Folgen der Globalisierung werden von vielen Menschen kritisiert. Dies geschieht auch im Westen, der am meisten von der Globalisierung profitiert. Gegnerinnen und Gegner der Globalisierung beanstanden insbesondere die wachsende ungerechte Verteilung von Macht und Reichtum. Verschiedene Gruppen machen darauf aufmerksam und verlangen Regeln, die allen Menschen ein gutes Leben ermöglichen.

Globalisierungskritische Demonstration gegen ein Treffen der grossen Industrienationen, Deutschland 2015.



Globalisierung

Unter Globalisierung wird ein Prozess verstanden, bei dem der weltweite Austausch von Waren, Dienstleistungen und Wissen immer weiter entwickelt wird.

Volkswirtschaft

Unter der Volkswirtschaft eines Landes versteht man alle privaten Haushalte, sämtliche kleinen und grossen Unternehmen und die öffentlichen Verwaltungen. Sie alle erzeugen, verteilen und verbrauchen Güter und Dienstleistungen.

Identität

Das Bild, das man von sich selbst entwickelt, bezeichnet man als Identität. Jede und jeder Einzelne formt sich eine Identität. Aber auch Ländern oder ganzen Kulturen wird eine Identität zugeschrieben.

Erfolgsmodell Schweizer Demokratie

Die Schweiz hat sich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs stark verändert. Die Gesellschaft wurde vielfältiger. Die politischen Parteien mussten sich anpassen und Antworten auf den gesellschaftlichen Wandel finden. Einige dieser Antworten werden hier vorgestellt. Sie trugen dazu bei, dass die Schweizer Demokratie oft als Erfolgsmodell gesehen wird.



Das offizielle Foto des Bundesrats mit Mitgliedern aller grossen Parteien der Schweiz, 2016.

Sorge tragen für den sozialen Frieden

Im Ersten Weltkrieg gab es in der Schweiz soziale Spannungen. Weil die Männer ins Militär mussten und keinen Lohn erhielten, gerieten viele Familien in Not. Seit dem Zweiten Weltkrieg wurden deshalb die **Sozialversicherungen** ausgebaut.

In die Regierung kommt nur, wer hinter dem Modell Schweiz steht

In der Schweiz setzte sich vor allem die Sozialdemokratische Partei (SPS) für soziale Anliegen ein. Zwischen 1928 und 1983 wurde sie zur wählerstärksten Partei. In den Bundesrat kam die SPS aber erst, als sie sich zur bewaffneten Landesverteidigung und zur Schweizer Demokratie bekannte. Nur so war die **bürgerliche** Mehrheit bereit, der SPS 1943 einen ersten und 1959 einen zweiten Bundesratsplatz zuzugestehen.

Zusammenarbeit zwischen den grossen Parteien

Erst mit einigen Jahren Distanz zeigte sich, dass die Bundesratswahl von 1959 die Geburtsstunde der sogenannten **Zauberformel** gewesen war. Bis heute orientiert sich das Parlament an dieser Formel. Im Kern geht es darum, dass die sieben Bundesratsplätze unter den vier wählerstärksten Parteien aufgeteilt werden. Die schwächste dieser vier Parteien soll dabei einen Sitz erhalten, die anderen je zwei Sitze.

Die Bundesrätinnen und Bundesräte arbeiten zusammen, obwohl sie manchmal unterschiedliche politische Ansichten vertreten. Deshalb gilt der Bundesrat als «Kollegialbehörde». Auch das ist ein Ausdruck der Schweizer Konkordanzdemokratie.

TB2



Plakate zu einer Volksabstimmung, 2014.

pro/ contra

Eine anpassungsfähige Parteienlandschaft

Parteien stehen für bestimmte Positionen, Interessen und Werte. Wollen sie aber ihre Wählerinnen und Wähler behalten oder neue dazugewinnen, müssen sie auf gesellschaftliche Veränderungen reagieren und ihr Profil anpassen. Mit einigen Beispielen lässt sich dies veranschaulichen:

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es immer weniger Bauernfamilien und immer mehr Beschäftigte in der Industrie und im Bereich der Dienstleistungen (zum Beispiel: Verkauf, Banken, Gesundheitswesen). Lebte um 1900 noch fast ein Drittel der Schweizer Bevölkerung von der Landwirtschaft, betrug der Anteil nach dem Zweiten Weltkrieg noch etwa 20 Prozent und sank später weiter. Die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) reagierte darauf und wurde 1971 zur Schweizerischen Volkspartei (SVP). Etwa zur gleichen Zeit benannten die Katholisch-Konservativen ihre Partei in Christlichdemokratische Volkspartei (CVP) um. Die CVP antwortete damit auf die sinkende Bedeutung der Religion in der Gesellschaft.

Die Vorgängerorganisationen der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP) und der Liberalen Partei hatten im 19. Jahrhundert unterschiedliche Positionen vertreten. Anfang des 21. Jahrhunderts überwogen jedoch die gemeinsamen Interessen, und so schlossen sie sich 2009 zu einer Partei zusammen (FDP, Die Liberalen). Das starke öffentliche Interesse am Thema Umweltschutz führte in den 1980er-Jahren zur Gründung der Grünen Partei der Schweiz (Grüne).

Direktdemokratische Instrumente

1992 lehnte das Volk einen Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ab. Dies geschah, obwohl eine grosse Mehrheit des Parlaments für einen Beitritt gewesen war. Das Volk stiess damit den Wunsch des Parlaments um. Die Bedeutung von Volksabstimmungen (Volksinitiativen und Referenden) hat seit den 1970er-Jahren deutlich zugenommen. Diese direkt-demokratischen Instrumente sollen sicherstellen, dass Regierung und Parlament nicht an den Auffassungen der Bevölkerung vorbei politisieren.

Sozialversicherungen

Sozialversicherungen stellen sicher, dass Menschen einen gewissen Schutz gegen Armutrisiken haben, insbesondere Alter, Krankheit, Unfall, Invalidität, Tod von Angehörigen, Arbeitslosigkeit und Mutterschaft.

Bürgerliche/bürgerlich

In der Schweiz geläufige Sammelbezeichnung für politische Parteien, die sich an Werten wie Unternehmergeist, Privatbesitz, Verbundenheit zur Nation und zur Armee orientieren.

Zauberformel

Mit Zauberformel wird der langjährige Schlüssel zur Beteiligung von Parteien an der Bundesregierung bezeichnet. 1959 setzte sich der Bundesrat zum ersten Mal aus zwei Mitgliedern der FDP, zwei Mitgliedern der späteren CVP, zwei Mitgliedern der SPS und einem Mitglied der späteren SVP zusammen. Seither sind die vier grössten Parteien der Schweiz immer mit mindestens einem Mitglied im Bundesrat vertreten.

15.7 Welche Rolle soll die Schweiz in Europa spielen?

Das Verhältnis der Schweiz zu Europa ist umstritten. Die Mehrheit der Bevölkerung ist gegen einen Beitritt zur Europäischen Union (EU). In einer Abstimmung wurde auch der Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) abgelehnt. Dagegen unterstützte die Bevölkerung die bilateralen Verträge, mit denen die wirtschaftliche Zusammenarbeit geregelt wird. Die starke Zuwanderung von Arbeitskräften sorgt jedoch für Verunsicherung.



Informationsstand von EWR-Gegnern vor der Abstimmung, 1992.

Contra

Mitmachen beim Projekt Europa?

Die Schweiz liegt mitten in Europa. Sie ist mit Europa gesellschaftlich, kulturell und wirtschaftlich verbunden. Sie ist auch Mitglied in verschiedenen europäischen Institutionen, zum Beispiel dem **Europarat**. Das Verhältnis der Schweiz zu Europa ist in der schweizerischen Öffentlichkeit ein heiss diskutiertes Thema. Soll die Schweiz beim Projekt Europa stärker mitmachen oder nicht? Würde das bedeuten, dass die Schweiz Mitglied der Europäischen Union (EU) wird? Die Meinungen sind geteilt.

Ablehnung des Europäischen Wirtschaftsraums

1992 lehnten die Schweizer Stimmberechtigten einen Beitritt der Schweiz zum **Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)** knapp ab. Dieser Abstimmungsentscheid war ein Erfolg für die Schweizerische Volkspartei (SVP). Denn im Vorfeld hatten sich Parlament und Bundesrat mit grossen Mehrheiten für den Beitritt zum EWR ausgesprochen. Mit ihrer skeptischen Haltung gegenüber Europa hat die SVP Erfolg. Die Partei steigerte zwischen 1991 und 2015 ihren Wähleranteil von gut 10 auf fast 30 Prozent.

Im EWR-Abstimmungskampf war es der SVP gelungen, den Beitritt zum EWR als einen **Zwischenschritt in Richtung EU-Mitgliedschaft** darzustellen: **Trete die Schweiz dem EWR bei, werde sie bald darauf auch Mitglied der EU. Eine deutliche Mehrheit der Schweizer Bevölkerung lehnt einen Beitritt zur EU bisher ab. Der wichtigste Grund dafür ist die Sorge um die schweizerische Unabhängigkeit. Es wird befürchtet, dass die Schweiz zwar alle Regeln der EU übernehmen müsste, aber als relativ kleines Land trotzdem nicht richtig mitreden könnte.**

TB 2



Wahlplakat gegen die «Masseneinwanderungsinitiative», mit der die negativen Folgen der Personenfreizügigkeit bekämpft werden sollte, 2014.

Die bilateralen Verträge

Die Schweiz ist wirtschaftlich eng mit Europa verflochten. Viele Schweizer Unternehmen verdienen im europäischen Ausland Geld. Umgekehrt ist die Schweiz für die EU ein wichtiger Handelspartner. Viele Schweizerinnen und Schweizer arbeiten im europäischen Ausland, viele Menschen aus europäischen Ländern arbeiten in der Schweiz.

Trotzdem ist die Schweiz bis 2016 das einzige westeuropäische Land, das nicht dem Europäischen Wirtschaftsraum angehört. Viele Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft und Politik befürchteten deshalb in den 1990er-Jahren, dass der Wohlstand in der Schweiz längerfristig darunter leiden werde. Die Anzeichen waren da: Die Wirtschaft entwickelte sich in der Schweiz schlechter als in vielen europäischen Ländern. Die Arbeitslosigkeit nahm zu.

Der Bundesrat nahm deshalb Verhandlungen mit der EU auf. Er wollte die wirtschaftlichen Beziehungen zur EU auf eine sichere Grundlage stellen. Das Ziel war, mithilfe von **bilateralen** Verträgen mit den Ländern der EU wirtschaftlich zusammenzuarbeiten. Die Schweizer Bevölkerung stimmte den bilateralen Verträgen mit der EU in den Jahren 2000 und 2004 in zwei Abstimmungen zu.

Die Personenfreizügigkeit

Zu den bilateralen Verträgen gehört auch die «Personenfreizügigkeit». Dank der Personenfreizügigkeit können alle Bürgerinnen und Bürger der Schweiz und der EU ihren Arbeits- und Aufenthaltsort frei wählen. Kritikerinnen und Kritiker der Personenfreizügigkeit argumentieren, die Zuwanderung aus der EU bedrohe die Schweizer Identität, die Umwelt, Sorge für höhere Mietpreise und erschwere Schweizerinnen und Schweizern die Arbeitssuche. Die Befürworterinnen und Befürworter der Personenfreizügigkeit betonen dagegen die positive Wirkung für Wirtschaft, Kultur und Forschung oder begrüssen allgemein ein Zusammenleben über Grenzen und Nationalitäten hinweg.

Europarat

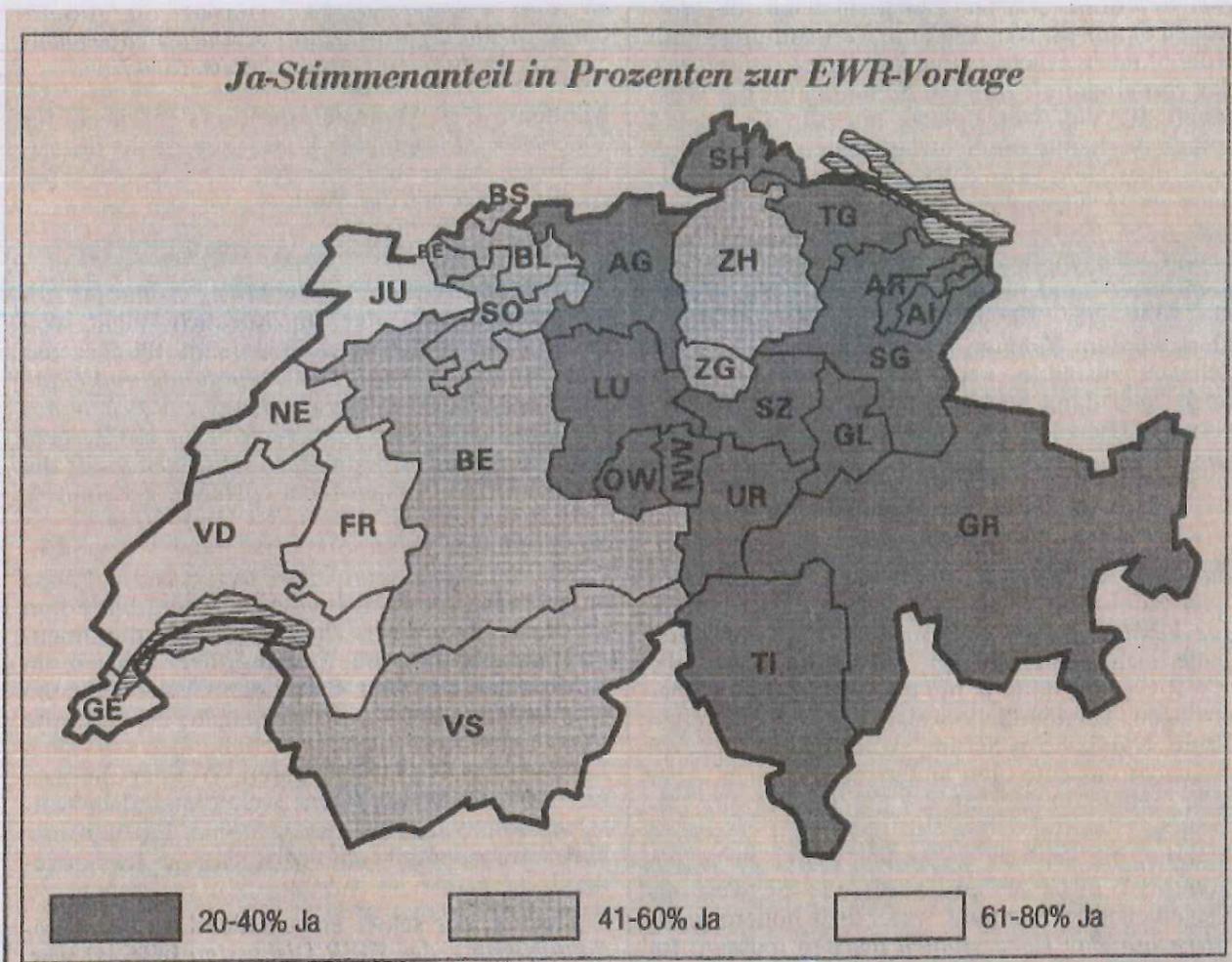
Der Europarat wurde 1949 gegründet und ist damit die älteste politische Organisation europäischer Staaten. Dem Europarat gehören sämtliche Mitgliedstaaten der EU und weitere europäische Staaten an. Der Europarat bezweckt die Förderung von Demokratie und Menschenrechten und ist eine Plattform für Debatten über grundsätzliche Fragen zum Zusammenleben in Europa.

Europäischer Wirtschaftsraum (EWR)

Der Europäische Wirtschaftsraum (EWR) umfasst die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie Island, Liechtenstein und Norwegen. In diesem Raum kann über die Landesgrenzen hinweg frei Handel getrieben werden.

bilateral

Der Begriff bilateral bedeutet zweiseitig. Bilaterale Verträge sind also Verträge, die durch Verhandlungen von zwei Beteiligten zustande gekommen sind.



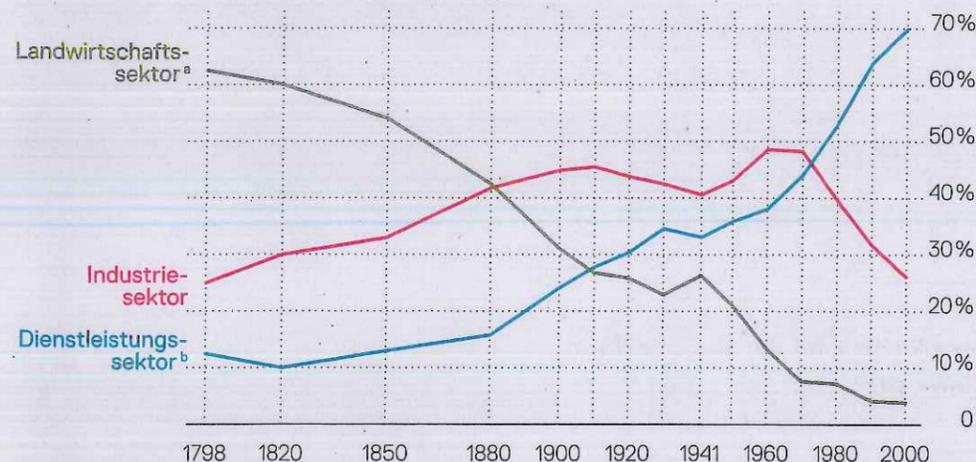
Quelle 139, journalistischer Bericht

Neue Zürcher Zeitung, «Ja-Stimmenanteil in Prozenten zur EWR-Vorlage», 1992.

Nach der Abstimmung über einen Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) veröffentlichte die «Neue Zürcher Zeitung» am 7. Dezember 1992 eine Karte zum Abstimmungsverhalten der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger.

Die «Neue Zürcher Zeitung» gilt als wirtschaftsfreundlich. Viele Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft hätten einen EWR-Beitritt begrüsst. Dieser Karte kann man entnehmen, wie die Schweizer Stimmberechtigten abgestimmt hatten. Die Karte zeigt das Ausmass der Zustimmung zum EWR-Beitritt in jedem Kanton.

Entwicklung der Schweizer Wirtschaftssektoren (in Prozent der aktiven Bevölkerung)



^a Wegen der Heimarbeit sowie zahlreicher Personen, die gleichzeitig im landwirtschaftlichen und industriellen Sektor arbeiten, bleibt die Unterscheidung zwischen diesen beiden Sektoren fließend, jedenfalls bis 1880.

^b Gemeint sind öffentliche und private Dienstleistungen (inklusive Dienstboten, deren Zahl im 19. Jahrhundert beträchtlich war und vielleicht teilweise mit den landwirtschaftlichen Arbeitskräften vermengt wurde).

Quellen: Zahlen nach Jean-François Bergier, *Die Wirtschaftsgeschichte der Schweiz*, Bern 1983, S. 226; eidgenössische Volkszählungen (Bundesamt für Statistik), © 2013 Schwabe AG, Verlag, Basel, und Marc Siegenthaler, Bern.

Quelle 140, Statistik

Georg Kreis u. a., «Die Entwicklung der Schweizer Wirtschaftssektoren 1798–2000», 2014.

Georg Kreis ist ein Schweizer **Historiker**. 2014 gab er ein Buch über die Geschichte der Schweiz heraus, an dem 33 Historikerinnen und Historiker mitgearbeitet hatten. Dieses Buch stellte den Stand der Forschung über die Schweiz vor. Dabei arbeiteten Georg Kreis und seine Mitautorinnen und Mitautoren auch mit Liniendiagrammen.

Auf den ersten Blick sehen die Zahlen in diesem Liniendiagramm eindeutig und zuverlässig aus. Doch die kleinen Buchstaben a) und b) machen Einschränkungen. Die Historikerinnen und Historiker sagen, es sei schwierig, genau zu wissen, wie

viele Menschen in der Landwirtschaft arbeiteten. Denn viele Menschen arbeiteten gleichzeitig in der Industrie und in der Landwirtschaft. Erst bei der Volkszählung von 1880 wurden die Fragen verändert, welche die Grundlage für die **Statistik** zur Berufstätigkeit der Wohnbevölkerung sind. So ergaben sich neue Zahlen.

Auf Folgendes wird für den Bereich der **Dienstleistungen** hingewiesen: Dienstleistungen wurden zum Beispiel von Dienstboten erbracht. Dienstboten gab es im 19. Jahrhundert sehr viele. Einige von ihnen arbeiteten auch in der Landwirtschaft. Wo wurden sie wohl gezählt?

Historikerinnen/Historiker

Eine Historikerin, ein Historiker ist eine Person, die sich beruflich mit der Vergangenheit beschäftigt. Sie forscht oder lehrt zu geschichtlichen Themen. Wer Historikerin oder Historiker werden will, studiert Geschichte an der Universität.

Statistik

Eine Statistik beruht auf gesammelten Daten, zum Beispiel wie viele Menschen in einem bestimmten Zeitraum in eine Stadt gezogen sind. Um diese Daten richtig zu bewerten, werden bestimmte Methoden angewandt. Statistische Daten werden möglichst übersichtlich dargestellt, zum Beispiel durch Diagramme oder Tabellen.

Dienstleistung

Eine Dienstleistung erbringt eine Person, ein Unternehmen oder eine Behörde. Eine Dienstleistung erfüllt ein Servicebedürfnis wie zum Beispiel Transport oder eine Aufenthaltsgenehmigung. In der Volkswirtschaftslehre unterscheidet man neben dem Dienstleistungssektor (tertiärer Sektor) den Sektor der industriell-gewerblichen Verarbeitung (Sekundärsektor) und die Rohstoffproduktion (Primärsektor).

Bundesrat: «Schwarzer Sonntag»

Bern. mfu. Drei sichtlich enttäuschte Bundesräte traten gestern Sonntag abend im Berner Bundeshaus vor die zahlreich erschienenen ausländischen Medienvertreter, um im Namen der Landesregierung zum negativen EWR-Urnenentscheid Stellung zu nehmen. Bundespräsident René Felber erklärte lakonisch, der Bundesrat nehme den Entscheid «zur Kenntnis». Er bedaure, dass die Schweiz damit «auf die zahlreichen Möglichkeiten zur Öffnung und zur Entwicklung, die der EWR geschaffen hätte, verzichtet und mit ihrer politischen Tradition der Annäherung an Europa bricht». Die Schweiz müsse jetzt «Vorbereitungen treffen, um ihren Interessen so gut wie nur möglich in Europa Gehör zu verschaffen». Darum sei es wichtig, dass alle Schweizerinnen und Schweizer bereit seien, Meinungsverschiedenheiten zu überwinden. Felber gestand ein, dass das Abstimmungsergebnis eine «tiefe Kluft» zum Vorschein gebracht habe. Der Graben zwischen den Westschweizer Kantonen und den meisten der deutschen Schweiz gebe «zu Besorgnis

Anlass». Der Bundesrat werde jetzt die politischen Parteien, die zuständigen parlamentarischen Kommissionen und die Kantone konsultieren, um mit ihnen eine Standortbestimmung vorzunehmen.

Volkswirtschaftsminister Jean-Pascal Delamuraz seinerseits sprach von einem «schwarzen Sonntag» für die Schweizer Wirtschaft, die «Jugend dieses Landes» und alle «Verfechter einer Öffnung der Schweiz» – und das seien immerhin rund die Hälfte des Stimmvolkes und speziell alle Kantone der Romandie mit den beiden Basel.

Vom Verdikt gegen den EWR erwartet Delamuraz eine fortschreitende Diskriminierung und Isolation der Wirtschaft. Die Landesregierung werde sich aber bemühen, alles zu tun, was in ihren Kräften stehe, um eine mögliche wirtschaftliche Diskriminierung von der Schweiz abzuwenden. Beim demnächst stattfindenden Treffen der Staats- und Regierungschefs der EG in Edinburgh am 11. und 12. Dezember und bei einem Meeting der EFTA-Minister vom 10. bis 11. Dezem-

ber in Genf werde die Schweiz Gelegenheit haben, das weitere Vorgehen mit den europäischen Partnern zu besprechen.

Jetzt müsse es darum gehen, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Schweiz zu verbessern. Dazu gehören laut Delamuraz ein Revitalisierungsprogramm für die Wirtschaft und die Revision der Kartellgesetzgebung.

Justizminister Arnold Koller, der das Nein zum EWR zwar mit Bedauern zur Kenntnis nahm, es aber nicht als «Nein zur Zusammenarbeit in Europa» verstanden haben wollte, appellierte an Befürworter und Gegner des EWR-Vertrages, die «Reihen jetzt wieder zu schliessen.» Koller: «Wir brauchen die Geschlossenheit unseres Volkes, um die grossen Herausforderungen, die auf uns warten, zu bestehen».

Kein Thema ist für den Bundesrat ein allfälliger Rücktritt von einzelnen Mitgliedern der Landesregierung. Entsprechende Fragen beantworteten die drei Vertreter des Regierungskollegiums negativ.

Quelle 96, journalistischer Bericht

Martin Furrer, «Bundesrat: «Schwarzer Sonntag»», 1992.

Dieser Artikel erschien in der «Basler Zeitung». Der Journalist Martin Furrer schrieb den Artikel am Tag nach der Abstimmung über den Beitritt der Schweiz zum **Europäischen Wirtschaftsraum**. Er berichtet, wie der Bundesrat auf das Nein in der

Volksabstimmung reagierte. Furrer gab seinem Artikel den Titel «Bundesrat: «Schwarzer Sonntag»».

Der Titel gibt die Meinung des Bundesrats wieder. Man kann vermuten, dass Martin Furrer dem Bundesrat Fragen stellte und die Antworten in seinen Artikel einfließen liess.

Europäischer Wirtschaftsraum (EWR)

Der Europäische Wirtschaftsraum (EWR) umfasst die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie Island, Liechtenstein und Norwegen. In diesem Raum kann über die Landesgrenzen hinweg frei Handel getrieben werden.

Quelle 99

1 **Fremde Hüte**

Wilhelm Tell ist unser **Nationalheld**. Er hat sich geweigert, einen fremden Hut mit einem Bückling zu grüssen. Seine Freiheit und seine Unabhängigkeit waren ihm lieber. Sie waren sein höchstes Gut. Dafür hat er sein Leben riskiert. Unsere Geschichte kennt zahlreiche solcher Volkshelden.

Mythen sind für ein Volk von zentraler Bedeutung. Der Wille zur Unabhängigkeit und der unbändige Freiheitsdrang haben die Geschichte unseres Volkes und unseres Landes bis heute geprägt. Sie sind

tragende Säulen für den Zusammenhalt der Willensnation Schweiz.

Am kommenden 3. März entscheiden wir, ob unser Land der UNO beitreten soll. Die **Befürworter** suggerieren, die Schweiz werde in der UNO mitbestimmen. Mit einer von fast zweihundert Stimmen.

Mitnichten! Alle wesentlichen Fragen entscheidet der Sicherheitsrat endgültig. Oder eben – er entscheidet nicht! Weil eine der Grossmächte mit einem Veto Entscheide blockiert und verunmöglicht, immer wieder! Eine durch und durch undemokratische Einrichtung. Und hier soll die Schweiz mittun? Als Feigenblatt für Grossmächte? Sicher nicht!

Ein weiteres Argument, das nach Meinung der Befürworter für den Beitritt der Schweiz spreche, ist eine blossе Worthölse: «Die Zeit sei reif». Um Himmels willen! Gibt es wirklich eine Zeit, die reif ist, um die Freiheit und Unabhängigkeit aufzugeben? Die Freiheit und Unabhängigkeit ist das höchste Gut der Menschen, ist das wichtigste Gut eines

Volkes, eines Staates. Seit Jahrtausenden werden darum Kriege geführt. Die Schweiz hat, kann und wird in überdurchschnittlichem Mass Verantwortung und Aufgaben zugunsten der Weltbevölkerung übernehmen, ohne ihre Freiheit aufzugeben, ohne der UNO beizutreten. Bleiben wir beim Bewährten, bleiben wir für viele Völker und Staaten dieser Welt ein Beispiel.

Übrigens – das Wilhelm-Tell-Denkmal in Altdorf ist Bestandteil unserer Inserate-Kampagne gegen den UNO-Beitritt. Als Symbol gegen Bücklinge vor fremden Hüten. Kämpfen Sie mit!

Nationalheldin/Nationalheld

Eine Nationalheldin oder ein Nationalheld ist eine mythische Figur, die nicht immer auf eine historische Person zurückgeführt werden kann. In der Geschichte um diese Figur wird auf bestimmte Werte aufmerksam gemacht, zum Beispiel Freiheitsdrang oder Gerechtigkeitssinn. Eine Nationalheldin, ein Nationalheld ist wichtig für die nationale Identität.

Mythos

Ein Mythos ist eine überlieferte Erzählung, die die Weltansicht von Menschen und Kulturen bündelt. Mythen lassen sich nicht belegen. Weiter bezeichnet ein Mythos auch Personen, Dinge oder Ereignisse von hoher symbolischer Bedeutung.

Befürworterin/Befürworter

Als Befürworterin oder Befürworter wird eine Person bezeichnet, die einen Vorschlag unterstützt oder gutheisst.

Quelle 99, politischer Text

Ueli Maurer, «Fremde Hüte», 2002.

Archiv
gedruckt:
SVP

197

3 Quellen
Schrift und Bild

Quelle 136



Quelle 136, Plakat

Schweizerische Volkspartei, «Masslosigkeit schadet! Masseneinwanderung stoppen JA», 2013.

Am oberen Bildrand dieses Plakats ist der Apfelbaum gerade noch zu erkennen. Er trägt schöne, rote Früchte. Offensichtlich ist er gesund und stark. Blickt man auf seine Wurzeln, dann sieht man, dass die Wurzeln die Schweiz umschlingen und in sie eindringen. Die Wurzeln wirken zerstörerisch, einzelne Stücke der Schweiz brechen sogar ab. Man bekommt den Eindruck, der Apfelbaum mache die Schweiz kaputt. Ausserdem soll die Betrachterin oder der Betrachter des Plakats sich fragen, wer die

Äpfel des schönen Baumes später ernten würde. Mit diesem Plakat nahm die Schweizerische Volkspartei (SVP) ein Motiv auf, das im Abstimmungskampf zu den bilateralen Verträgen mit der **Europäischen Union** von 2008 bekannt geworden war. Die **Personenfreizügigkeit** ist Bestandteil der bilateralen Verträge. Das Plakat bringt die Haltung der SVP gegenüber der Personenfreizügigkeit deutlich zum Ausdruck. Mit diesem Plakatmotiv versuchte die SVP, die Argumente für die Personenfreizügigkeit zu entkräften und vor einer sogenannten Masseneinwanderung zu warnen.

Europäische Union (EU)

Die Europäische Union (EU) ist ein Zusammenschluss von demokratischen europäischen Ländern. Die Geschichte der EU geht in die 1950er-Jahre zurück. Die EU organisiert die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit unter ihren Mitgliedsländern.

Personenfreizügigkeitsabkommen

Das Personenfreizügigkeitsabkommen ist ein Vertrag zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) und vereinfacht das Wohnen und Arbeiten von EU-Bürgerinnen und -Bürgern in der Schweiz und von Schweizerinnen und Schweizern in der EU.

Archiv gedruckt:
gest. pos.

195

3 Quellen
Schrift und Bild

Quelle 134

Arbeitsplätze und Wohlstand ernten.



Erfolgreiche Bilaterale

Quelle 134, Plakat

Wirtschaftskomitee «Für die erfolgreichen Bilateralen – Personenfreizügigkeit JA», «Arbeitsplätze und Wohlstand ernten. Erfolgreiche Bilaterale», 2008.

Mit den Bilateralen sind Verträge zwischen zwei Seiten gemeint, «bi» heisst zwei und «lateral» bedeutet seitlich. In dieser Abstimmung ging es um Verträge zwischen der Schweiz und der **Europäischen Union**. Den meisten Menschen, die damals abstimmten, war ein bestimmter Teil dieser bilateralen Verträge sehr wichtig: nämlich das **Personen-**

freizügigkeitsabkommen. Mit der Abstimmung sollte entschieden werden, ob die bereits bestehende Personenfreizügigkeit weitergeführt und auf Bulgarien und Rumänien ausgedehnt werden sollte.

Der Apfel ist eine Frucht, die viele mit dem «Apfelschuss von Wilhelm Tell» und somit mit der Schweiz verbinden. Mit dem Apfelbaum auf diesem Plakat wollte das Wirtschaftskomitee die Personenfreizügigkeit mit wirtschaftlichem Wachstum und Erfolg in der Schweiz in Verbindung bringen.

Europäische Union (EU)

Die Europäische Union (EU) ist ein Zusammenschluss von demokratischen europäischen Ländern. Die Geschichte der EU geht in die 1950er-Jahre zurück. Die EU organisiert die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit unter ihren Mitgliedsländern.

Personenfreizügigkeitsabkommen

Das Personenfreizügigkeitsabkommen ist ein Vertrag zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) und vereinfacht das Wohnen und Arbeiten von EU-Bürgerinnen und -Bürgern in der Schweiz und von Schweizerinnen und Schweizern in der EU.

Die Gleichstellung von Frau und Mann

Mit der Einführung des Stimm- und Wahlrechts 1971 hat sich die Stellung der Schweizer Frauen in der Gesellschaft nicht automatisch verbessert. Die Geschichte der Gleichstellung von Frau und Mann seit 1971 zeigt aber: In einer Demokratie können durch politische Arbeit Veränderungen bewirkt werden. Die Stellung der Frau hat sich in vielen Lebensbereichen verbessert.



Nationaler Frauenstreik, hier vor dem Bundeshaus in Bern, 1991.

Misstände bei der Gleichstellung von Frau und Mann

Die Einführung des Stimm- und Wahlrechts auf nationaler Ebene für die Frauen war 1971 ein grosser Schritt. Dennoch: In vielen Lebensbereichen blieben die Frauen benachteiligt. Zwei Beispiele: Verheiratete Frauen brauchten bis 1988 die Erlaubnis ihres Ehemannes, um berufstätig zu sein. Und: Auf dem Arbeitsmarkt besteht auch heute noch eine **Lohnungleichheit** von rund 20 Prozent zwischen Männern und Frauen.

Voraussetzungen schaffen für Verbesserungen

Es ist wichtig zu wissen, wie viele Menschen wie stark von einem Missstand betroffen sind. Dazu sind verlässliche Berichte und Statistiken notwendig. Die 1976 gegründete Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (EKF) nimmt dabei eine wichtige Aufgabe wahr. Ihre erste Präsidentin war Emilie Lieberherr. Die EKF informiert mit Berichten und Statistiken zur Situation der Frauen in der Schweiz.

732



Transparent an einem der Türme des Zürcher Grossmünsters für ein «Ja» bei der Abstimmung über die Mutterschaftsentschädigung, 2004.

Auf dem Weg zur rechtlichen Gleichstellung

Die Berichte und Statistiken zeigten, dass die rechtliche Gleichstellung der Frau verbessert werden musste. Um dieses Ziel zu erreichen, war die Fortführung des politischen Kampfes wichtig. 1981 wurde nach einer Abstimmung die Gleichstellung von Frau und Mann in der Bundesverfassung verankert. Ebenfalls dank einer gewonnenen Abstimmung wurde 1988 das neue Ehegesetz eingeführt. Frau und Mann waren nun auch in der Ehe gleichberechtigt. Sie haben auch die gleiche Verantwortung bei Pflege und Erziehung der Kinder.

Mit politischer Arbeit Verbesserungen anstreben

Rechte und Gesetze sind nichts wert, wenn sie nicht zur Anwendung kommen. Was nutzt es, wenn Frau und Mann auf dem Papier gleichberechtigt sind, aber der Mann dennoch die wichtigen Entscheide in der Ehe alleine fällt? Weil das lange so war, gingen die Frauen auf die Strasse, um für eine echte Gleichstellung zu kämpfen. So nahmen zum Beispiel am Frauenstreik 1991 rund eine halbe Million Frauen teil. Das Parlament reagiert auf diese Proteste und führte 1996 das Gleichstellungsgesetz ein. **Mit diesem Gesetz hat sich der Bund verpflichtet, die Gleichstellung von Frau und Mann im Arbeitsleben aktiv zu fördern und jede Form von Diskriminierung der Frauen zu verbieten.**

Verbesserungen werden spürbar

Die Gleichstellung machte weitere Fortschritte. Heute ist es für Frauen einfacher, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Seit 2005 gibt es eine Mutterschaftsentschädigung, und es wurden mehr Krippenplätze geschaffen.

Frauen haben heute in Bildung und Beruf bessere Chancen. Solche und ähnliche Anliegen werden heute nicht zuletzt auch von vielen Männern und von der Wirtschaft unterstützt und gefordert. Trotzdem ist der Weg zu einer vollkommenen Gleichstellung von Frau und Mann in allen Lebensbereichen noch lang.

Lohnungleichheit

Als Lohnungleichheit bezeichnet man die systematische Ungleichheit bei der Entlohnung von Gruppen von Erwerbstätigen, die gleiche Qualifikationen aufweisen.

Diskriminierung

Diskriminierung besteht, wenn jemand wegen der Zugehörigkeit zu einer Gruppe anders behandelt, benachteiligt oder herabgewürdigt wird.

Mutterschaftsentschädigung

Am 1. Juli 2005 ist in der Schweiz eine Entschädigung für Mutterschaft eingeführt worden. Den Anspruch auf Entschädigung haben Mütter, die Arbeitnehmerinnen oder Selbständigerwerbende sind und aufgrund der Geburt ihres Kindes ihre Erwerbsarbeit unterbrechen. Die Mütter erhalten für maximal 14 Wochen eine Entschädigung ab dem Tag der Geburt des Kindes.

Archiv gedruckt

Pro

3 Quellen
Schrift

Quelle 87

Männer und Frauen sind verantwortlich

für das Fehlen der politischen Rechte der Schweizerinnen!

Schweizerfrau

Erkenne deine Verantwortung für das Gemeinwohl. Stehe deinen Mitschwester, die gern die Verantwortung auf sich nehmen, durch deine passive oder ablehnende Haltung nicht im Wege!

Schweizermann

Setze dich aktiv für das Stimm- und Wahlrecht der Frauen ein. Dulde nicht weiter die staatsbürgerliche Zurücksetzung deiner Mutter, deiner Frau, deiner Schwester, deiner Tochter, deiner Arbeitskollegin!

Gerechtigkeit!

Sie bedeutet: Kein erwachsener Mensch darf Gesetzen unterworfen werden, an deren Entstehung er nicht mitbestimmen kann.

Rechtsgleichheit!

Alle Schweizer sind vor dem Gesetze gleich. Art. 4 der Schweizerischen Bundesverfassung. Kein Artikel der Verfassung schließt die Frauen aus, nur die Gewohnheit.

Demokratie!

Das Wort bedeutet Herrschaft des Volkes. Die Frauen gehören zum Volk. Ihre volle und wirksame Mitarbeit kann in der schweizerischen Demokratie nur durch das Stimm- und Wahlrecht gesichert werden.

Anmeldung zur Mitgliedschaft

Name und Vorname: _____

Adresse: _____

Tritt Ihr Ehemann resp. Ihre Ehefrau ebenfalls bei?

Name und Vorname: _____

Unterschrift(en): _____

«Ohne Erlangung des Stimmrechts bleibt alles Reden über Frauenrechte und jede sogenannte Frauenbewegung größtenteils leeres Gerede.»
Worte von Professor Carl Hilty, Rechtsgelehrter und Staatsmann, gesprochen 1897 in Bern.

Stimmrecht ist Menschenrecht

10 Rp.

Die Zusammenarbeit von Mann und Frau ist auch im Staate unerlässlich.



Viele Aufgaben, die früher in der Großfamilie durch die Frauen gelöst wurden, sind von der Gemeinschaft übernommen worden. In der Familie, im Berufsleben, sei es als Arbeiterin, Angestellte, Bäuerin, selbständige Geschäftsfrau oder in einem freien Beruf, ist die Arbeit der Frau in der Schweiz heute unerlässlich. Die Schweizerin ist aufgefordert, sich auch in der Landesverteidigung einzusetzen, entweder im FHD, im Zivilschutz oder im Roten Kreuz. Der Staat erläßt über alle diese Gebiete Gesetze, die das ganze Volk und nicht nur die Männer angehen.



Der Schweizerische Verband für Frauenstimmrecht und seine Sektionen
Die Sektionen des Schweizerischen Verbands für Frauenstimmrecht sind in allen Kantonen und in der paritätischen Fremtarbeiterbewegung, unter der auch für die ausländischen Arbeiterinnen, die in der Schweiz arbeiten, die gleichen Rechte und Pflichten gelten. Werden Sie Mitglied!

Quelle 87, Faltblatt

Schweizerischer Verband für Frauenstimmrecht und seine Sektionen, «Frauenstimmrecht JA», Innen- und Aussenseite, 1958.

3 Quellen
Schrift

Quelle 88

Contra

Die Frauenstimmrechtsvorlage will der Schweizerfrau ein Mass von politischen Rechten und Pflichten zuweisen, wie es nirgends in der Welt besteht. Im Ausland wird der Stimmbürger nur alle 3 oder 4 Jahre an die Wahlurne gerufen. In der Schweiz jedoch hat er neben der Wahlpflicht fortlaufend über Sachvorlagen abzustimmen, zum Beispiel allein auf Bundesboden im verflossenen Jahr über deren sieben (Kartell-Initiative, Bundesfinanzordnung, Film- und Strassenbauartikel, Arbeitszeit-Initiative, Spölvvertrag, Kursaalartikel).

Ausserhalb des politischen Kampffeldes gibt es für uns viel wirksamere Möglichkeiten, uns in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen.

In der Fürsorge, im Vormundschafts- und Armenwesen, in Angelegenheiten der Kirche und Schule ist unsere Mitarbeit am Platz.

Diese Mitarbeit entspricht dem weiblichen Wesen viel mehr als politische Auseinandersetzungen.

In diese verwickelt zu werden, wünschen wir nicht.

Wir Gegnerinnen des Frauenstimmrechtes sind der festen Ueberzeugung, dass wir unserem Land und Volk am besten dienen, wenn wir als gute Frauen und Mütter unsere Pflicht erfüllen. Dazu braucht es keine Einnischung in die Tages- und Parteipolitik.

Wir zählen darauf, dass viele Männer für diese Einstellung Verständnis haben, und hoffen, dass sie uns im Abwehrkampf gegen die Frauenstimmrechtsvorlage vom 1. Februar 1959 unterstützen werden.

Bitte, benützen Sie den beiliegenden Einzahlungsschein zur Unterstützung unserer Aktion.



Frauen wenden sich an Männer: Drängt uns nicht in die Politik hinein!

Am 1. Februar findet die **Abstimmung über die Frauenstimmrechtsvorlage** statt. Nach dieser Vorlage sollen die Frauen das Stimm- und Wahlrecht in allen eidgenössischen Angelegenheiten erhalten. Sie sollen auch in den Nationalrat und Bundesrat gewählt werden können.

Das geht uns Frauen zu weit. Wir begehren, ohne Zweifel mit der grossen Mehrheit der Schweizerfrauen, das politische Stimmrecht gar nicht, weil wir überzeugt sind, dass unsere Aufgaben im Dienste des Schweizervolkes ganz anderswo liegen.

Unsere diesbezüglichen Gedanken würden wir in den nächsten Wochen gerne den Stimmbürgern darlegen, doch fehlen uns dazu, weil wir über keine Organisation verfügen, die Mittel. Helfen Sie uns mit Ihrem Beitrag, dass wir **unsere Gründe gegen die Frauenstimmrechtsvorlage** weitem Kreisen bekanntgeben können.

SCHWEIZERISCHES FRAUENKOMITEE GEGEN DAS FRAUENSTIMMRECHT
Kramgasse 16, BERN

Frau Heidi Tschumi-Baumgartner, Interlaken Frau Hanna Seiler-Frauchiger, Dr. phil., Uetikon am See
Frau Josephine Steffen-Zehnder, Dr. phil., Luzern Frau Dora Raduner-Kaufmann, Horn
Frau Gertrud Haldimann-Weiss, Bern

Vom Aufgeber vor der Einzahlung hier abzutrennen.

Quelle 88, Flugblatt

Schweizerisches Frauenkomitee gegen das Frauenstimmrecht, «Drängt uns nicht in die Politik hinein», Vorder- und Rückseite, 1958.

Leistungsniveaus – Orientierungsrahmen

Die Schülerinnen und Schüler können ...

	Niveau 1	Niveau 2	Niveau 3
Perspektiven erkennen – Wertvorstellungen klären	unter Anleitung in historischen Quellen Argumente für und gegen das Frauenstimmrecht erkennen.	unter Anleitung in historischen Quellen Argumente für und gegen das Frauenstimmrecht erkennen und in den historischen Kontext einordnen.	selbstständig in historischen Quellen Argumente für und gegen das Frauenstimmrecht erkennen und mit Bezug auf den historischen Kontext näher ausführen.
Zu politischen Fragen argumentieren und debattieren	Argumente für und gegen «Stimmrechtsalter 16» nennen.	Argumente für und gegen «Stimmrechtsalter 16» nennen und näher erläutern.	in einer Debatte zum «Stimmrechtsalter 16» ein überzeugendes Votum für oder gegen «Stimmrechtsalter 16» abgeben.
An politischen Prozessen partizipieren, abstimmen und wählen	Partizipationsrechte in einer Demokratie aufzählen.	Partizipationsrechte in einer Demokratie nennen und zu wichtigen demokratischen Prinzipien in Bezug setzen.	Vorschläge zur Verbesserung der Partizipationsmöglichkeiten an der eigenen Schule ausarbeiten und mit Bezug auf demokratische Prinzipien begründen.
Gegenwartsbezüge herstellen – Lernertrag reflektieren	ausgehend von vier vorgegebenen Satzanfängen, persönliche Gedanken zur Demokratie formulieren.	ausgehend von vier vorgegebenen Satzanfängen, persönliche Gedanken zur Demokratie formulieren und näher ausführen.	ausgehend von vier vorgegebenen Satzanfängen, persönliche Gedanken zur Demokratie formulieren, näher ausführen und weiterführende Fragen stellen.

Argumente für und gegen das Frauenstimmrecht

Heute dürfen alle Schweizerinnen ab 18 Jahren an Abstimmungen und Wahlen teilnehmen. Das war nicht immer so. Bis 1971 galt das Stimm- und Wahlrecht nur für Schweizer Männer. Viele Jahre wurde um die Einführung des Frauenstimmrechts gestritten. Mit welchen Argumenten? Du findest es mithilfe von vier Quellen heraus.

Material

Archiv

Quellen 87, 88, 91
Quelle 147 (Web-
plattform)

Weiteres Material
Kopfhörer

Aufgabe 1: Untersuche vier Quellen zum Frauenstimmrecht.

Untersuche die Quellen. Ordne die Informationen aus den Quellen stichwortartig in einer Tabelle nach dem unten stehenden Muster:

- Wer äussert sich zum Frauenstimmrecht?
- Wann entstand das Dokument?
- Welche Meinung wird zum Frauenstimmrecht vertreten? Pro (dafür) oder contra (dagegen)?
- Mit welchen Argumenten wird die Meinung begründet?

Argumente pro und contra Frauenstimmrecht

Quelle Nr.	Wer?	Wann?	Welche Meinung?	Argumente?

Aufgabe 2: Erklärt die gegensätzlichen Meinungen.

Arbeitet in Zweierteams.

Ihr habt einige wichtige Argumente für und gegen die Einführung des Frauenstimmrechts zusammengestellt. Befürworterinnen und Befürworter, aber auch Gegnerinnen und Gegner gaben an, dass ihnen das Wohl der Frauen am Herzen liege. Die beiden Seiten zogen daraus aber gegensätzliche Schlüsse.

Wie war das möglich? Sucht dafür eine Erklärung.

Argumente für und gegen das Frauenstimmrecht

Lösungen

Aufgabe 1: Untersuche vier Quellen zum Frauenstimmrecht.

Quelle Nr.	a Wer?	b Wann?	c Welche Meinung?	d Argumente?
87	Schweizerischer Verband für Frauenstimmrecht und seine Sektionen	1958	Pro	<ul style="list-style-type: none"> • Das Stimmrecht ist ein Menschenrecht. • Gerechtigkeit: Gesetze gelten für alle erwachsenen Menschen. Deshalb müssen auch Frauen an der Entstehung von Gesetzen mitwirken. • Rechtsgleichheit: Vor dem Gesetz sind alle gleich (Art. 4 in der Schweizerischen Bundesverfassung). • Demokratie: Frauen gehören auch zum Volk.
88	Schweizerisches Frauenkomitee gegen das Frauenstimmrecht	1958	Contra	<ul style="list-style-type: none"> • Politik ist nichts für Frauen. Sie haben andere Aufgaben für die Allgemeinheit zu erfüllen. • In der Schweiz gibt es sehr viele Abstimmungen und Wahlen. Frauen haben keine Zeit, sich darum zu kümmern. • Andere Aufgaben als die Politik entsprechen dem weiblichen Wesen viel eher. • Frauen sollen gute Mütter und Frauen sein.
91	Emilie Lieberherr	1969	Pro	<ul style="list-style-type: none"> • Das Frauenstimmrecht ist ein Menschenrecht. • Frauen bezahlen Steuern, wollen deshalb auch stimmen und wählen gehen. • Echte Humanität setzt auch im Staat die Partnerschaft von Mann und Frau voraus. • Ohne Mitwirkung der Frauen ist die Demokratie unvollkommen.
147	Männer und Frauen aus dem Kanton Appenzell Innerrhoden	1982	Contra	<ul style="list-style-type: none"> • Schon wieder eine Abstimmung über das Frauenstimmrecht, das ist zu viel. • Es hat für die Frauen keinen Platz an der Landsgemeinde. • Die Frauen nützen nichts in der Politik, es ändert sich nichts mit ihnen. • Antwort einer Frau: Ich bin schon alt, was will ich noch mitreden in der Politik? • Es ist Tradition, dass Frauen das Wahl- und Stimmrecht nicht haben.

Aufgabe 2: Erklärt die gegensätzlichen Meinungen.**Lösungen****Mögliche Lösung:**

Die befürwortende und die gegnerische Seite hatten je unterschiedliche Vorstellungen über die Rolle der Frauen in der Gesellschaft.

- Gegnerinnen und Gegner des Frauenstimmrechts: Sie sagten, dass Mann und Frau schon immer unterschiedliche Rollen gehabt hätten und dass dies mit der Natur zusammenhänge. Ihrer Meinung nach war die Frau von Natur aus das schwache Geschlecht. Sie sagten, dass die Frauen für harte politische Auseinandersetzungen ungeeignet seien. Ihrer Meinung nach waren die Frauen dazu da, für die Erziehung der Kinder und für die Familie zu sorgen.*
- Befürworterinnen und Befürworter des Frauenstimmrechts: Sie sagten, dass die ungleiche Behandlung von Mann und Frau ungerecht sei. Sie passe ganz und gar nicht zu einer Demokratie. Die Frauen hätten genauso gute Fähigkeiten für eine aktive Teilnahme an der Politik wie die Männer.*



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

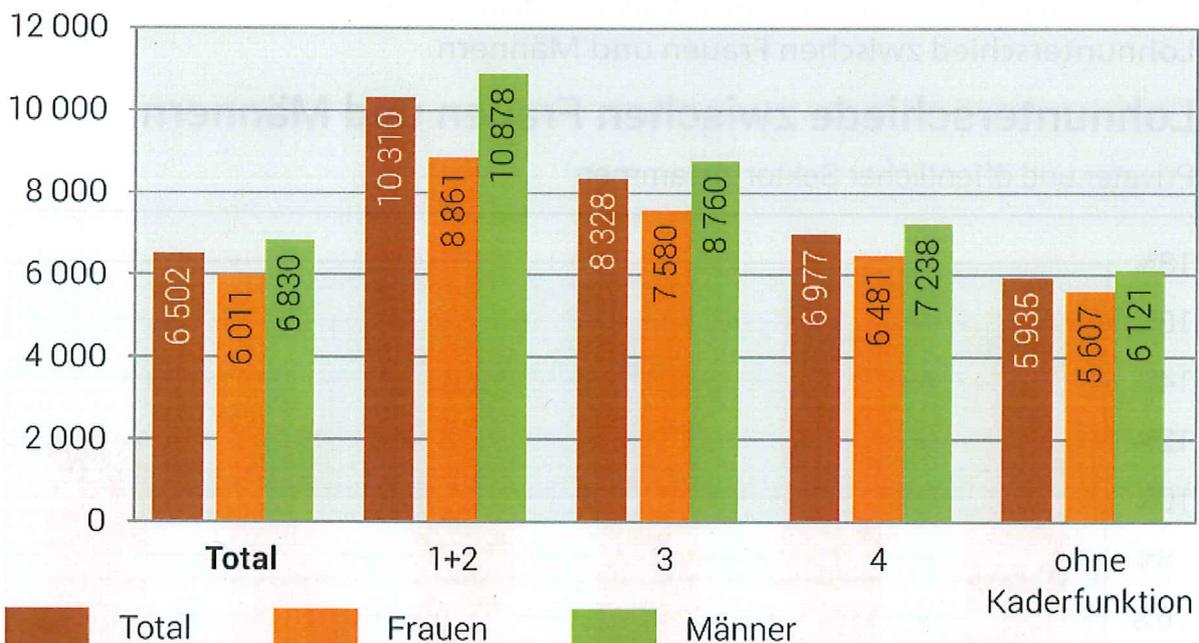
Bundesamt für Statistik

Lohnunterschied

Monatlicher Bruttolohn nach beruflicher Stellung und Geschlecht

Monatlicher Bruttolohn nach beruflicher Stellung und Geschlecht, 2016

Zentralwert (Median), in Franken – Privater und öffentlicher Sektor zusammen



Berufliche Stellung:

1+2 = oberstes, oberes und mittleres Kader

4 = unterstes Kader

3 = unteres Kader

Quelle: BFS – Schweizerische Lohnstrukturerhebung (LSE)

© BFS 2018

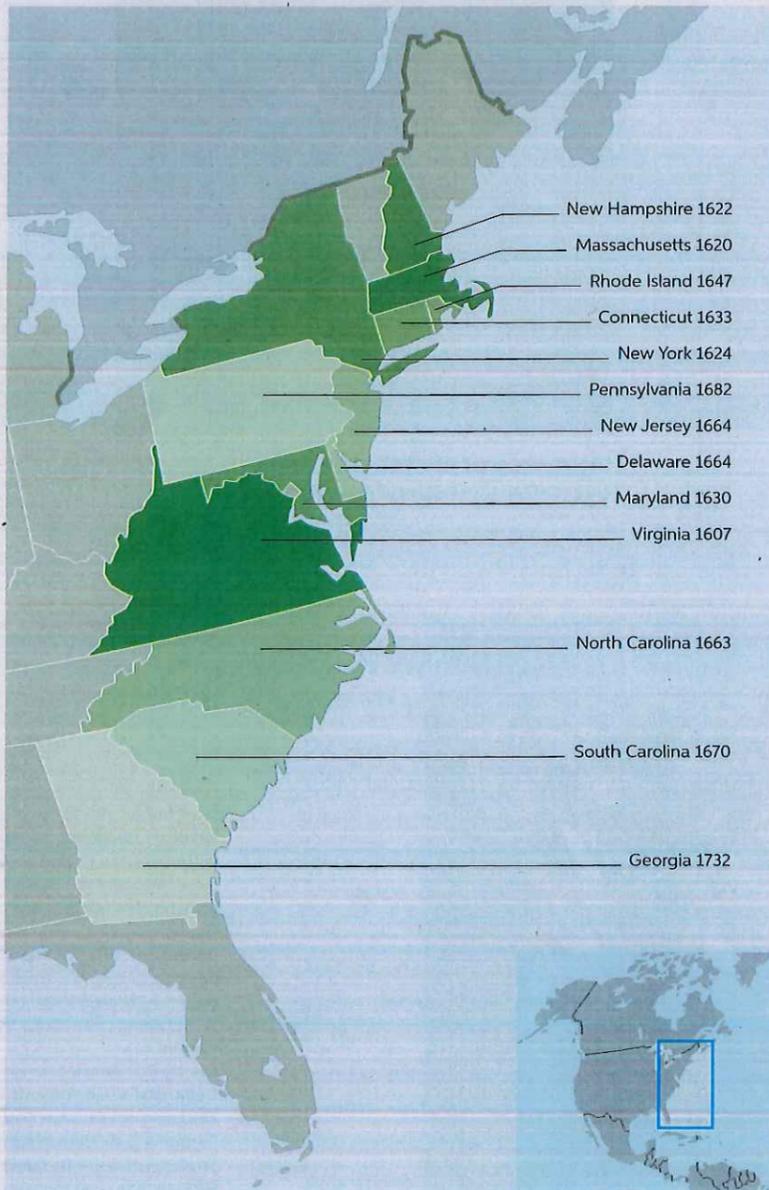
[Q Details und Download](#)

Monatlicher Bruttolohn nach Beruflicher Stellung und Geschlecht, 2016, Zentralwert (Median), in Franken, privater und öffentlicher Sektor zusammen

Freiheit und Unabhängigkeit: die Amerikanische Revolution

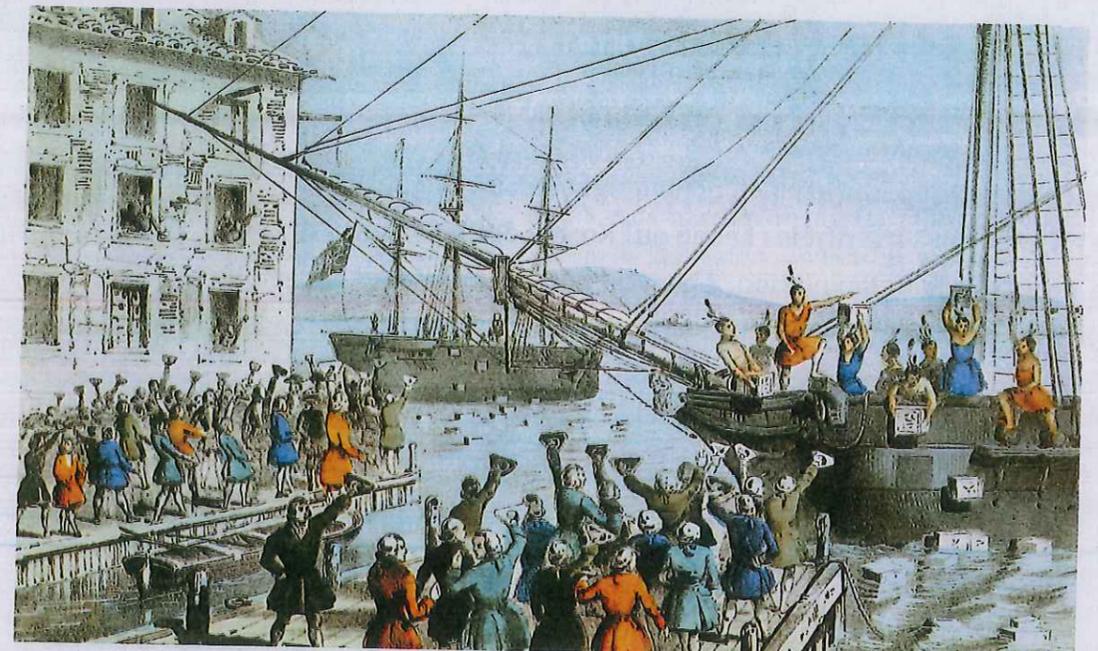
Ab dem 17. Jahrhundert gründeten britische Auswanderinnen und Auswanderer an der Ostküste Nordamerikas Siedlungen. Diese Kolonien entfremdeten sich immer mehr vom Mutterland Grossbritannien. Konflikte um Steuern und Zölle mündeten in einen Unabhängigkeitskrieg. 1776 erklärten die Kolonien offiziell ihre Unabhängigkeit von Grossbritannien. Später gaben sie sich die erste geschriebene Verfassung der Geschichte.

Themen beide 1



Britische Kolonien an der nordamerikanischen Ostküste
Im Jahr 1607 überquerten drei britische Schiffe von London aus den Atlantik und landeten an der Ostküste Nordamerikas. Britische **Siedlerinnen und Siedler** gingen von Bord und gründeten an der Küste Virginias die erste britische Kolonie auf dem amerikanischen Kontinent. Es folgten weitere Schiffe mit Einwanderern. Sie flohen vor allem vor der grossen Armut in Europa oder vor religiöser Verfolgung. Bis 1732 entstanden so 13 Kolonien. Für die Siedlerinnen und Siedler waren Freiheit und Unabhängigkeit sehr wichtig; Sie zeigten sich tolerant gegenüber den verschiedenen Religionen und Kulturen, die es in den Kolonien gab. In Volksvertretungen konnten sie an politischen Entscheidungen mitwirken. Der politischen Kontrolle durch das Mutterland Grossbritannien entzogen sie sich mehr und mehr.

Die 13 Kolonien an der nordamerikanischen Küste mit ihrem Gründungsjahr.



Protestaktion gegen eine Steuer. Nathaniel Currier: «Die Zerstörung von Tee am Hafen von Boston», 1846.

Kampf für Selbstbestimmung und Unabhängigkeit

Weil der Weg über den Atlantik zu weit war, vertrat im Mutterland Grossbritannien niemand die politischen Interessen der Einwanderer. Am meisten störten sich die Siedlerinnen und Siedler an neuen Gesetzen über Steuern und Zölle. Die Steuern und Zölle ermöglichten es Grossbritannien, in den nordamerikanischen Kolonien Geld einzutreiben. Dieses Geld wurde in Grossbritannien dringend benötigt. Denn Grossbritannien hatte zwar einen Krieg gegen Frankreich gewonnen, aber dieser Krieg hatte auch sehr viel Geld gekostet. In diesem Krieg war es auch um Gebiete in Nordamerika gegangen, um die sich Grossbritannien mit Frankreich gestritten hatte. In Grossbritannien war man deshalb der Meinung, dass die nordamerikanischen Kolonien einen Teil der Kosten mittragen sollten. Denn schliesslich hätte es für die Kolonien unabsehbare Folgen gehabt, wenn Frankreich in Nordamerika immer mächtiger geworden wäre. Die Siedlerinnen und Siedler fanden aber, sie sollten nicht einer Steuer unterworfen werden, zu der sie nichts zu sagen hatten.

Aus Protest gegen eine Teesteuer warfen 1773 als Indianer verkleidete Bürger im Hafen der nordamerikanischen Stadt Boston die Teeladungen von drei britischen Schiffen ins Wasser. Das Ereignis ging als «Boston Tea Party» in die Geschichte ein. Es stärkte das Zusammengehörigkeitsgefühl der Kolonien. Ab 1775 führten die Kolonien einen offenen Krieg gegen das fremd gewordene Mutterland Grossbritannien. Während dieses Krieges, am 4. Juli 1776, erklärten Vertreter aller 13 Kolonien ihre Unabhängigkeit von Grossbritannien. Dies war die Geburtsstunde der Vereinigten Staaten von Amerika. Nach jahrelangem Krieg musste Grossbritannien 1783 die Unabhängigkeit anerkennen.

Die erste moderne Demokratie

Nach der Unabhängigkeitserklärung existierten die 13 Kolonien vorerst als lose verbundene, unabhängige Staaten. Erst nach vier Jahren wurde aus dem **Staatenbund** ein **Bundesstaat**: Die Vereinigten Staaten von Amerika wurden zum ersten Land mit einer geschriebenen modernen Verfassung. Zum ersten Mal hatten Menschen ihren Anspruch auf Freiheit und Unabhängigkeit durchgesetzt. Zum ersten Mal wurden in einer Verfassung Grundrechte formuliert, deren Einhaltung jeder Bürger auch vor Gericht einfordern konnte. Der amerikanische Unabhängigkeitskampf wurde deshalb zum Vorbild für revolutionäre Bestrebungen auf dem europäischen Kontinent.

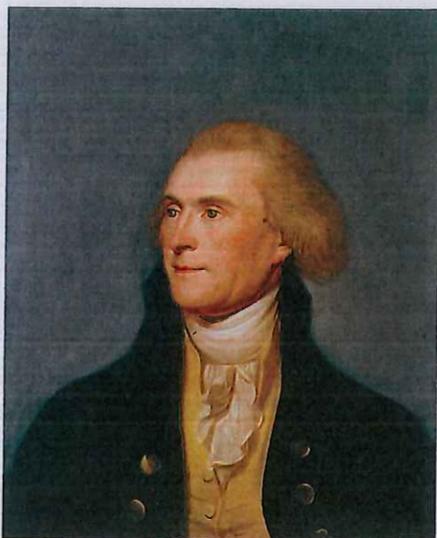
Siedlerinnen/Siedler
Eine Siedlerin, ein Siedler ist ein Mensch, der seine Heimat verlässt und sich an einem anderen Ort niederlässt.

Staatenbund
Der Staatenbund bezeichnet einen Zusammenschluss mehrerer unabhängiger Staaten.

Bundesstaat
Der Bundesstaat bezeichnet einen Staat, der aus mehreren Teilstaaten besteht. Die Teilstaaten besitzen gewisse Entscheidungsgewalten, sind aber Teil der übergeordneten staatlichen Einheit.

Freiheit und Gleichheit für alle: die Erklärung der Menschenrechte

«Alle Menschen sind gleich» – diese Idee ist alt. Aber erst die philosophischen Schriften der Aufklärung schufen die Grundlage dafür, dass die Idee der Gleichheit politische Folgen hatte. In den Vereinigten Staaten von Amerika und später in Frankreich wurden sie während des Kampfes um Unabhängigkeit und Freiheit festgeschrieben. Trotzdem gibt es bis heute in vielen Ländern Menschen, die benachteiligt werden.



Charles Willson Peale: «Thomas Jefferson», 1791.

Aufklärung und amerikanische Unabhängigkeit

Noch im 18. Jahrhundert vertraten Adel und Klerus die Meinung, Gott selbst habe dem Einzelnen bei der Geburt unterschiedliche Rechte und Pflichten zugesprochen. Mit dieser Haltung hatten die beiden Stände jahrhundertlang ihre Vorrechte gerechtfertigt. Die Philosophen der Aufklärung rückten von dieser angeblich gottgewollten Unterscheidung der Menschen ab. Sie vertraten die Auffassung, jedem Menschen würden von Natur aus dieselben Rechte und Pflichten zustehen. Die Forderung nach politischer Gleichberechtigung für alle wurde immer lauter.

Ihre grosse Kraft entwickelten die Ideen von Gleichheit und Freiheit im Unabhängigkeitskampf der nordamerikanischen Kolonien. Die britischen Siedlerinnen und Siedler hatten die aufklärerischen Ideen nach Nordamerika gebracht und verankerten sie am 12. Juni 1776 in der Verfassung, der «Virginia Bill of Rights». Diese neue Verfassung enthielt Rechte für alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem sozialen Rang.

Die Deklaration der Menschenrechte 1789

Ermutigt durch die Veränderungen auf dem nordamerikanischen Kontinent forderten auch Menschen in Europa gleiche Rechte für alle. Kurz nach Beginn der Französischen Revolution erliess die Nationalversammlung in Paris die «Déclaration des droits de l'homme et du citoyen» (deutsch: «Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte»).

Gleichheit – eine alte Idee

Menschen leben nicht allein, sondern mit anderen zusammen in kleineren oder grösseren Gruppen. Für ein friedliches Zusammenleben ist die Klärung entscheidender Fragen notwendig: Wie soll man miteinander umgehen? Was dürfen und sollen die Einzelnen? An welchen Regeln orientieren sie sich?

Die Philosophen in verschiedenen Kulturen und Zeiten beschäftigten sich mit diesen Fragen. Bereits im antiken Griechenland und im frühen Christentum diskutierte man die Idee, dass alle Menschen gleich seien und dieselben Rechte und Pflichten hätten. Auswirkungen auf den Alltag hatten diese Ideen jedoch noch nicht.

Themenbuch 1



Die «Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte» in Frankreich, 1789.

Festgeschrieben heisst nicht eingehalten

An der Erarbeitung der «Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte» beteiligten sich zwei Männer, denen die Vorgänge in Nordamerika aus nächster Nähe bekannt waren: Marquis de La Fayette hatte auf der Seite der Siedlerinnen und Siedler im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg mitgekämpft. Thomas Jefferson hatte die amerikanische Unabhängigkeitserklärung 1776 verfasst und wirkte später als amerikanischer Gesandter in Paris.

1791 machte die Nationalversammlung die Menschenrechtserklärung zur Grundlage der neuen französischen Verfassung. Die Menschenrechtserklärung sollte weltweit gelten. Ihre Allgemeingültigkeit war einer der Hauptgründe dafür, dass sich so viele Menschen in Europa und der Welt für eine Revolution im eigenen Land begeistern liessen.

Bei der Erklärung der Menschenrechte wurden nicht alle auch wirklich einbezogen: Frauen hatten weiterhin keine politischen Rechte. Der jüdischen Bevölkerung garantierte Napoleon zwar die Gleichstellung, jedoch blieben ihre vollen Bürgerrechte Gegenstand von Diskussionen in den europäischen Ländern. In den Vereinigten Staaten von Amerika existierte bis in die 1860er-Jahre die Sklaverei. Auch nach ihrer Abschaffung blieben in den Vereinigten Staaten die allermeisten Menschen dunkler Hautfarbe Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse.

Bis heute gibt es viele Staaten, in denen zwar offiziell alle Menschen gleichberechtigt sind, tatsächlich aber viele aufgrund ihrer Herkunft, Religion, politischen Einstellung oder wegen ihres Geschlechts systematisch benachteiligt werden.

Aufklärung
Als Aufklärung wird die gesellschaftliche Bewegung verstanden, die seit dem ausgehenden 17. und dem 18. Jahrhundert das vernunftorientierte Denken als Grundlage von gesellschaftlichem Fortschritt sieht. Mündigkeit wurde zum Anspruch und Ziel von Bildung und Lebensführung.

Dimensionen der Geschichte

Die ganze Vergangenheit kann nicht erzählt werden. Wenn Historikerinnen und Historiker ein Buch schreiben, treffen sie eine Auswahl: Was für die Beantwortung ihrer Fragen wichtig ist, schreiben sie auf, anderes lassen sie weg. Nicht alle Historikerinnen und Historiker interessieren sich für dasselbe. Sie beschäftigen sich deshalb mit verschiedenen Dimensionen der Geschichte.



Unterschiedliche Geschichten über die Vergangenheit

Über die Vergangenheit gibt es verschiedene Geschichten. Diese Geschichten kommen zum einen zustande, weil Menschen Vergangenheit unterschiedlich interpretieren und erzählen: Sie haben unterschiedliche Sichtweisen, zum Beispiel weil sie nicht derselben Kultur angehören. Verschiedene Geschichten entstehen aber auch aus einem anderen Grund: Menschen, die sich mit der Vergangenheit beschäftigen, interessieren sich für ganz unterschiedliche Dinge.

Geschichte schreiben heisst: Auswählen

Geschichte wird aufgrund heutiger Interessen und offener Fragen geschrieben. **Historikerinnen und Historiker** wählen aus, womit sie sich beschäftigen wollen. Auswählen müssen sie umso mehr, je näher ein bestimmter Zeitraum an der Gegenwart liegt. Denn wenn ein Zeitraum noch nicht lange vergangen ist, finden sich dazu viel mehr Spuren und somit mehr Informationen als zu Zeiträumen, die schon Hunderte oder sogar Tausende von Jahren zurückliegen.

Auswählen heisst: Es hat nicht alles Platz

Eine Auswahl treffen muss man als Historikerin oder Historiker in jedem Fall. Besonders schwierig ist diese Auswahl, wenn ein Buch geschrieben wird, in dem die Geschichte der ganzen Welt, von Europa oder der Schweiz erzählt werden soll. In diesen Büchern muss sehr viel weggelassen werden, damit die Geschichte zwischen zwei Buchdeckel passt. Deshalb werden Geschichtsbücher häufig kritisiert: Man vermisst darin Dinge, die einem wichtig sind. Oder umgekehrt: Man findet, gewisse Themen, Ereignisse oder Fragen würden in dem Buch zu stark betont.

Dimensionen der Geschichte

Normalerweise konzentrieren sich Historikerinnen und Historiker auf ein bestimmtes Thema. Dafür wenden sie sich einem Zeitraum der Vergangenheit zu, der sie speziell interessiert. Aber selbst wenn sich mehrere Historikerinnen und Historiker mit demselben Zeitraum beschäftigen, werden sie je nach ihrer Frage oder ihrem Interesse unterschiedliche Themen bearbeiten.

Diese Themen können dann in unterschiedliche Dimensionen der Geschichte hineinführen. Denn Historikerinnen und Historiker unterscheiden verschiedene Dimensionen von Geschichte. Drei wichtige Dimensionen der Geschichte sind: Gesellschaft, Politik und Wirtschaft. In jeder Dimension stellen sich andere Fragen an die Vergangenheit.

Verschiedene Dimensionen, verschiedene Fragen

Nehmen wir als Beispiel die Geschichte Europas im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert. Vielleicht beschäftigt man sich mit den gesellschaftlichen Veränderungen und fragt: Wie lebten die Menschen in Europa, und was veränderte sich in ihrem Alltag? Andere interessieren sich mehr für das politische System und fragen sich zum Beispiel: Wer hatte Macht? Und wieder andere schauen sich an, wie sich die Wirtschaft in dieser Zeit entwickelte und stellen sich die Frage: Welche Rolle spielte dabei die Industrialisierung?

Die Dimensionen der Geschichte zusammen denken

Welche Geschichte über Europa im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert sollen wir erzählen? Sind die politischen Entwicklungen wichtig? Oder die gesellschaftlichen Veränderungen? Oder doch eher die wirtschaftlichen Umwälzungen? Ist eine Dimension wichtiger als die andere? Nein! Historikerinnen und Historiker, die sich mit einer dieser Dimensionen speziell beschäftigen, haben immer auch die anderen im Blick: Entwicklungen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft hängen stets miteinander zusammen.

Historikerinnen / Historiker

Eine Historikerin, ein Historiker ist eine Person, die sich beruflich mit der Vergangenheit beschäftigt. Sie forscht oder lehrt zu geschichtlichen Themen. Wer Historikerin oder Historiker werden will, studiert Geschichte an der Universität.

Was heisst historisches Denken?

Wir sind am Ende unserer Reise angelangt und haben viele Geschichten zur Vergangenheit kennengelernt. Menschen brauchen Geschichten. Denn die eigene Vergangenheit beeinflusst, wer wir sind. Das gilt für einzelne Menschen, aber auch für Gesellschaften. Weil die Zeit nicht still steht, ist die Geschichte nie zu Ende. Geschichte entsteht immer wieder neu. Wir alle sind Teil der Geschichte und schreiben sie mit.



Das Ende einer Reise – was nehmen wir mit?

Auf unserer Reise durch die Geschichte sind wir in der Gegenwart angelangt. Was fangen wir nun an mit all den Geschichten, die wir dabei kennengelernt haben?

Geschichten über Vergangenes, zu dem du einen Bezug hast, werden dir hoffentlich erhalten bleiben. Andere Geschichten wirst du vielleicht vergessen. Das ist nicht weiter schlimm. Sicher gibt es Themen der Geschichte, die so bedeutend sind, dass sie uns alle etwas angehen. Aber es wäre doch langweilig, wenn sich alle für die gleichen Themen interessieren würden!

Alle Menschen brauchen Geschichten

Eins aber ist für alle gleich: Wir brauchen Geschichten. Jeder Mensch beschäftigt sich mit der Vergangenheit. Natürlich tun wir dies nicht ständig – und auch nicht immer mit Absicht. Aber wir tun es immer wieder, denn wir können nicht anders.

Stell dir vor, du müsstest plötzlich von einem Tag auf den anderen auf deine Erinnerung verzichten. Alles, was du bisher erlebt hast, ob gut oder schlecht, wäre weggewischt. Auf viele Fragen wüsstest du keine Antwort: Welche Interessen und Hobbys pflegst du? Welche Pläne hast du für den nächsten Tag, die nächsten Wochen und Monate gemacht? Wer sind deine Familie und Freunde? Kurz: Wer bist du überhaupt?

Alle Gesellschaften brauchen Geschichten

Nein, unsere Vergangenheit beschäftigt uns nicht jeden Tag. Aber manchmal sind wir sehr froh über die Fotos oder Filme, mit denen wir Ausschnitte aus unserem Leben festgehalten haben. Mit der Vergangenheit unserer Gesellschaft ist es ebenso: Es ist wichtig, dass sie aufgeschrieben und so zu Geschichte wird.

Nur über die Vergangenheit lässt sich herausfinden, wer wir sind, was uns geprägt hat und was uns wichtig ist. Dieses Wissen gibt uns Halt. Wir können uns daran orientieren. Es ermöglicht uns zu entscheiden, wohin wir gehen wollen.

Geschichte entsteht immer wieder neu

Die Zeit steht nicht still. Die Menschen leben, sie treffen Entscheidungen und sie beeinflussen dadurch den Lauf der Welt. Dabei hinterlassen sie ständig neue Spuren. Sicherlich gibt es Menschen, die mehr oder grössere Spuren hinterlassen als andere Menschen. Doch in der Zukunft werden wir alle ein Teil der Vergangenheit sein.

Auch zukünftige Gesellschaften werden Fragen an die Vergangenheit richten, und sie werden nach Antworten suchen. Die Menschen werden unsere Spuren deuten und über uns reden. Mit dem Zuklappen dieses Themenbuchs, mit dem Ende der Geschichtsstunde endet Geschichte also nicht. Geschichte endet nie.

Welche Spuren von uns werden in der Zukunft Fragen aufwerfen?

Welche Fragen werden die Menschen in 200 Jahren an die Vergangenheit stellen? Wir können annehmen, dass die Menschen unseren Umgang mit der Umwelt untersuchen werden. Wahrscheinlich werden sie sich auch mit den wichtigen politischen Problemen unserer Zeit beschäftigen. Sie werden sich aber auch für das gesellschaftliche Leben interessieren, zum Beispiel für Jugendkultur. Wer sich mit Jugendkultur befasst, wird sich auf die Suche machen nach Fotos, Videos oder Tagebüchern von Jugendlichen wie dir.

Was heisst historisches Denken?

Historisches Denken bedeutet nicht, alles über die Vergangenheit zu wissen. Historisches Denken bedeutet zu verstehen, dass wir ein Teil der Geschichte sind. Wir untersuchen die Vergangenheit, um herauszufinden, wer wir sind und was uns wichtig ist. Indem wir die Geschichte erzählen, geben wir der Vergangenheit Sinn. Eine Vergangenheit, die für uns Sinn ergibt, hilft uns, Entscheidungen zu treffen. Und von uns getroffene Entscheidungen nehmen Einfluss darauf, welche Geschichten man in der Zukunft über uns erzählen wird.